

**ACCADEMIA ED ISTITUTO PER LA RICERCA SOCIALE  
VERONA**  
PALAZZO ISTITUTO NAZIONALE DELLE ASSICURAZIONI – STUDIO GERMA  
CORSO PORTA NUOVA 11 – I – 37122 VERONA

**„Milder Imperialismus“?  
Vorgeschichte, Zusammenhänge, Hintergründe  
von  
Euro-Krise und EU-System  
1920 - 2010**

**Von  
Prof.(Gast) Albrecht Goeschel  
Verona**

**Verona/Marquartstein  
Mai 2013**



**Herausgeber:**  
**Accademia ed Istituto per la  
Ricerca Sociale Verona**  
**Corso Porta Nuova 11**  
**I – 37122 Verona**  
**Palazzo Istituto Nazionale delle**  
**Assicurazioni – Studio Germa**

**Eigenverlag und Druck:**  
**Akadmie und Institut für**  
**Sozialforschung e.V. – Korrespondenzbüro**  
**D – 83250 Marquartstein**  
**Staudacher Straße 9 b**

**© Prof. Albrecht Goeschel 2013**

**Inhalt:****Seite:**

<b>Vorbemerkung</b>	<b>4</b>
<b>1. Griechenland: Ein Exempel wird statuiert und ein Konzept wird getestet</b>	<b>5</b>
<b>Exkurs: Die Ablehnung der Entwicklung durch Transfers</b>	<b>8</b>
<b>2. Zur Frage der Machtverhältnisse in der politisch-ökonomischen Entwicklung der EU und des Euro</b>	<b>9</b>
<b>3. Der Kontinental- und Atlantik-Pazifik-Krieg: Wachstumssicherung durch Wirtschaftsraumerweiterung und Weltwährungsneuordnung</b>	<b>11</b>
<b>3.1. Kooperation mit Frankreich und Kolonialpolitik gegenüber Polen und der Sowjetunion</b>	<b>12</b>
<b>3.2. Die Vereinigten Staaten und das Dritte Reich: Krisenüberwindung durch Expansion der Wirtschaftsräume mit Weltkriegsfolge</b>	<b>12</b>
<b>3.3. Weltrüstungskonjunktur und Weltwährungssystem</b>	<b>13</b>
<b>Exkurs: Generalplanungen Ost, Morgenthau-Plan und Marshall-Plan – Entwicklung durch Gewalt und Geld</b>	<b>16</b>
<b>4. West-Europa: Ende der Kolonialökonomie als Anfang der Wirtschaftsunion</b>	<b>20</b>
<b>Exkurs: Griechenland als letzte Kolonie Europas</b>	<b>25</b>
<b>5. Der Atomare Sozialstaat: Kalter Krieg und Wirtschaftswachstum</b>	<b>26</b>
<b>5.1. US-Hegemonie und Deregulierung des Globus</b>	<b>27</b>
<b>5.2. Europa und Euro: Protegee und Konkurrent des US-Systems</b>	<b>30</b>
<b>Exkurs: Auflösung der Arbeiterklasse, Aufstieg des Monetarismus und Bildungsangriff auf die Gesellschaft</b>	<b>32</b>
<b>6. Ende des Staatssozialismus, D-Markdeutschland, Balkankrieg und Maastrichtvertrag</b>	<b>36</b>
<b>7. Sozialraum Europa: Ökonomisches Wachstum durch soziales und regionales Zurückbleiben</b>	<b>40</b>

<b>8. EU-Peripherie und US-Hegemonie im Konflikt um Rohstoffe und Währungen:</b>	<b>45</b>
<b>8.1. Neue Weltordnung durch Terrorsimulation und Wachstumsmanipulation: Rahmenbedingungen der Euro-Krise</b>	<b>45</b>
<b>Exkurs: Griechenland als Exempel</b>	<b>46</b>
<b>8.2. Kriegsvorwand Ground Zero und Angriffskrieg in Afghanistan: Europa als Hilfstruppe der USA am Hindukusch</b>	<b>48</b>
<b>8.3. Dollar-Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten</b>	<b>48</b>
<b>8.4. Türkeibeitritt und „Islamisierung“: Zwei Instrumente der USA gegen Europa ?</b>	<b>51</b>

## Vorbemerkung

Zum zweiten Mal im Verlaufe der Ende des Jahres 2008 auch in Deutschland angekommenen internationalen und dann vor allem auch europäischen Finanz-, Real- und Staatsbudgetkrise haben die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt in ihrer weit überwiegenden Mehrheit als Repräsentanten des „Sozialen“ gegenüber der „Ökonomie“ versagt.

Die Sprachlosigkeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände im Herbst 2008 und Winter 2009 beim ersten Wirtschaftseinbruch und gegenüber den folgenden Konjunkturmaßnahmen war noch nachvollziehbar und aus der schlichtweg fehlenden makroökonomischen Kompetenz dieser Verbände zu erklären.<sup>1</sup> Auf solche Nachsicht haben die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt nach fünf Jahren einer sich verschärfenden Krisenentwicklung, die sich auch ganz unmittelbar in einem europaweiten Abbau von Sozialstandards zeigt kein Anrecht mehr. Von keinem der ansonsten auf das Thema „Armut“ und die einschlägigen Talk-Shows abonnierten Verbandsrepräsentantinnen und Verbandsrepräsentanten ist auch nur ein wesentlicher Satz zu einer Austerity-Politik geäußert worden, die seit zwei Jahren vor allem die Gesellschaften im Süden Europas in die Verarmung treibt. Einschlägige Analysen und Strategiepapiere sind zu makroökonomisch-wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Querschnittsthemen von den Verbänden allein schon wegen der Inkompetenz der Führungspersonen nicht zu erwarten.

Hier müssen allerdings zwei Ausnahmen genannt werden: Bis vor einigen Jahren hat der VdK Bayern mit seinen Tutzingen Foren konsequent Schnittstellen von Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik thematisiert und hierzu Expertenrunden veranstaltet. Diese Rolle hat dann noch sehr viel dezidierter ab dem Jahre 2006 der Sozialverband VdK NRW übernommen. Durch die stringente Bearbeitung makroökonomisch-sozialpolitischer Querschnittsthemen hatte der VdK NRW ausreichend Kompetenz akkumuliert, um im Oktober 2012 eine exzellente Tagung zu den politisch-ökonomischen Ursachen und den sozial- und armutspolitischen Auswirkungen der Eurokrise<sup>2</sup> zu veranstalten<sup>3</sup>. Die nachfolgenden Anmerkungen zu den Zusammenhängen und den Hintergründen von Euro-Krise und EU-System wurden zur konzeptionellen Vorbereitung und Nachbearbeitung dieses Forum erarbeitet.

Verona / Marquartstein, Mai 2013

Prof. Albrecht **Goeschel**

---

<sup>1</sup> Studiengruppe für Sozialforschung e.V. (Hrsg.): Sprachlos in der Krise ? Zur Kommunikationspolitik der Sozial- und Wohlfahrtsverbände während der Diskussion über Wirtschaftseinbruch und Konjunkturmaßnahmen Herbst 2008 und Winter 2009, Marquartstein April 2009

<sup>2</sup> Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen: „Euro“: Rettet eine Sozial-Union Europa?, Soziales Forum Düsseldorf 25. Oktober 2012

<sup>3</sup> Verdienstvolle Ansätze zu einer gesamtwirtschaftlich abgestützten Argumentation gibt es mittlerweile auch bei der Paritätischen Forschungsstelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

## 1. Griechenland: Ein Exempel wird statuiert und ein Konzept getestet

Ökonomisch macht die gesteigerte Drangsalierung der Bevölkerung Griechenlands keinen Sinn, da sie die Zurückzahlung der in die Staatshaushalte verlagerten Forderungen der Gläubiger, insbesondere Banken, Versicherungen und EZB aus Wirtschaftswachstum erschwert. Die zusätzlichen Gehässigkeiten des deutschen Finanzministers sind offene Provokationen.<sup>4</sup> Ökonomen und Kommentatoren stellen nachdrücklich die Frage nach der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit der sich vor aller Augen abspielenden Kaputtsparr Offensive gegen die griechische Bevölkerung.<sup>5</sup> Es sieht so aus, als ob die gestellte Frage falsch ist, auf die es keine vernünftige Antwort zu geben scheint: Es geht vielleicht gar nicht um die Rückzahlung irgendwelcher Bankschulden, die diese längst abgeschrieben und am Desaster wieder verdient haben – beispielsweise durch die Billiggeldschwemmung der EZB – oder irgendwelche EU-Rettungszahlungen, die sowie die anderen Bevölkerungen in den EU-Staaten tragen müssen. Es geht wohl um ein Exempel.

Es geht darum, an einem geeigneten „Schuldner“ von dem es in der Eurozone durchaus mehrere vergleichbare gibt vorzuführen, wie die europäischen Bevölkerungen und Gesellschaften zukünftig zu leben und zu arbeiten haben, damit das Geschäftsmodell Deutschland seine Fortsetzung in einem Geschäftsmodell Europa finden kann: Lohn-, Konsum- und Sozialdumping einerseits – Exportaggression andererseits. Es geht um die Formierung der europäischen Export- und Finanzwirtschaft als Gesamtkonzern in der weltweiten „Geo-Ökonomie“ (Edward Luttwark).<sup>6</sup> Leistungsschwache Bevölkerungen, Gesellschaften und Wirtschaften müssen zu diesem Zweck durchsortiert werden.<sup>7</sup> Dieses politische Ziel wird gerade dadurch erreicht, dass die Qualitätsmedien und ihre Kommentatoren bei ihrer Suche nach der Ratio des Sparerrors und der Sparkommissar-Provokationen Schritt um Schritt die genehmteste und vermittelbarste Lösung des Problems entwickeln: Eine „echte politische Integration samt europäischem Durchgriffsrecht auf die nationalen Haushalte, die Steuer- und Sozialpolitik“.<sup>8</sup> Mit dem Fiskalpakt ist dies formal erreicht und wird dies jetzt politisch ausgetestet.<sup>9</sup>

<sup>4</sup> Hofmann, Catherine: Ein Mann sieht rot. In: Süddeutsche Zeitung, 17.02.2012

<sup>5</sup> Bofinger, Peter: Tödliche Therapie. In: Süddeutsche Zeitung 15.02.2012; Horn, Gustav; Krise im Euroraum geriete durch Insolvenz Griechenlands außer Kontrolle. Pressemitteilung Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 17.02.2012; Kläsgen, Michael: Der empörte Ökonom. In: Süddeutsche Zeitung, 01.02.2012; Strittmatter, Kai: Der griechische Albtraum, 09.01.2012

<sup>6</sup> Luttwark, Edward N.: Weltwirtschaftskrieg – Export als Waffe: Aus Partnern werden Gegner. Rowolt-Verlag, Reinbeck bei Hamburg 1994, S. 410 - 436

<sup>7</sup> Strittmatter, Kai: Weder Fisch noch Fleisch – Ein Kochbuch der Sparsamen Art ist im gebeutelten Griechenland ein Bestseller: „Hungerrezepte“. In: Süddeutsche Zeitung, 23.02.2012. In der Männergesundheitsforschung wird das Phänomen hervorgehoben, dass die Erwerbsmänner in Griechenland zwar die längsten Arbeitszeiten, aber trotzdem auch die höchste Lebenserwartung aller Männer in Europa haben. Das wird ihnen die deutsche Bundeskanzlerin nun austreiben. Watzlawczik, Gerd-Uwe: Längeres Männerleben im Süden. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Ältere Männer in Europa, München Februar 200, S.11-34.

<sup>8</sup> Kirchner, Thomas: Chaos statt Strategie. In: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2012

<sup>9</sup> Winter, Martin: Europa verpflichtet sich zu striktem Sparen. In: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2012; Schoepp, Sebastian: Aufstand gegen das Spardiktat: Zwölf EU-Länder fordern Impulse für mehr Wachstum. In: Süddeutsche Zeitung 22.02.2012 und ders.: Südliches Selbstbewusstsein: Spanien, Italien und Portugal verlangen von der EU mehr als nur neue Sparrezepte. In: Süddeutsche Zeitung, 23.02.2012. Der Fall Griechenland erinnert in gewisser Weise an den Fall Chile. Auch dort wurde in einem peripheren und prekären Land eine neue Wirtschaftsdoktrin, der „Monetarismus“ getestet. Crouch, Colin: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Edition Suhrkamp,

Das bei der „Rettung“ Griechenlands verfolgte Konzept besteht darin, dass zunächst über lange Jahre die korrupten, intransparenten und ineffizienten politisch-ökonomischen Strukturen für besonders profitable Geschäfte der deutschen Exportkonzerne genutzt wurden. Die in der Presse bekanntgewordenen Korruptionsaffären bei Siemens und das U-Bootgeschäft sind hierfür gute Beispiele.<sup>10</sup> Die Fortwirkungen der Finanz- und Bankenkrise im Staatshaushalt Griechenlands haben nun die Möglichkeit geboten, darüber hinaus einen Ausverkauf der im Unterschied zu anderen EU-Ländern noch anteilsstarken öffentlichen Wirtschaft durchzusetzen. Die Verbrauchssteuererhöhungen und Arbeits- und Renteneinkommensenkungen haben vor allem den Bevölkerungen in den anderen EU-Ländern gezeigt, was möglich ist und bei der bestehen Hocharbeitslosigkeit und den Entlassungen im öffentlichen Dienst ein erhebliches zusätzliches qualifiziertes Arbeitskräftepotential etwa zur Behebung des „Fachkräftemangels“ in Deutschland mobilisiert. Dabei erinnert vor allem die Finanzierung und Garantierung der „Rettungs“-Transfers, die vorrangig dem Schutz von Kapitalanlagen von Banken, Versicherungen und Fonds anderer europäischer Staaten sowie der Zinsbedienung der bestehenden Forderungen aus Staatsschulden dienen an das gleiche gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“ angewandte Konzept: Die durch ungleichen Tausch, Kapitalexport in die Rohstoffländer und Gewinnrückführung in die Industrieländer sich stets erhöhenden Zahlungsbilanzdefizite der Länder der Dritten Welt wurden durch „Entwicklungshilfe“ gerade nur am Absturz vorbeisubventioniert und durch die sattsam bekannten IWF-Auflagen in eine weitreichende Abhängigkeit von den Industriestaaten hineinreformiert.<sup>11</sup>

Mit den provozierten Tränengaswolken in den Athener Straßen wird auch noch eine andere Wirklichkeit vernebelt: Speziell die deutschen Unternehmen und der deutsche Staatshaushalt sind zusätzlich zu den mittels Lohn- und Sozialdumping sowie Exportexzess geschaffenen Ungleichgewichten zwischen Export- und Kreditländern als Exportgewinner speziell durch die gegenwärtige Krise auch noch Gewinner durch Niedrigzinsen bei Staatsanleihen und Investitionskrediten, Ausfall europäischer Konkurrenten, Importverbilligung und hohe Steuer- und Beitragseinnahmen aus dem deutschen Sonderboom.<sup>12</sup> Die Euro-Krise bewirkt eine dramatische Umverteilung innerhalb Europas zugunsten der deutschen Export- und Finanzwirtschaft sowie des deutschen Staatshaushaltes. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird übereinstimmend von eher entgegengesetzten Theoriepositionen aus, also sowohl aus neokeynesianischer wie auch aus neoliberaler Sicht von einer Gewinnerrolle

---

Frankfurt am Main 2011, S. 34 ff. bes. S. 36 ff. und S. 44. Griechenland hat im europäischen Raum eine lange halbfeudale Tradition mit einer Agrar-, Finanz- und Handelsoligarchie, einem Klientelstaatsapparat, einem schwachen Industriepotential und hoher Arbeitsemigration. Politisch gilt für Griechenland eine Art andauernder Bürgerkrieg. Das diktatorische Regime des General Metaxas Mitte der 1930er Jahren wurde durch die italienisch-deutsche Okkupation in den frühen 1940er Jahren diese und durch die angloamerikanische Intervention nach 1945 und den Ausbau Griechenlands zum NATO-Frontstaat und dann den Obristen-Putsch Mitte der 1960er Jahren abgelöst. Fischer, Walter; Rondholz, Eberhard: Revolution und Konterrevolution in Griechenland. In: Das Argument, Berlin 2/3-1970, S. 95-163.

<sup>10</sup> Schlözer, Christiane: Alte Rechnungen. In: Süddeutsche Zeitung, 06.03.2012

<sup>11</sup> Jalée, Pierre: Das neueste Stadium des Imperialismus. Karl Hanser Verlag, München 1967, S. 67 ff. und S. 131 ff. Isenberg, Hans-Georg: Imperialismus und Entwicklungshilfe. In: Das Argument, Berlin 1/2-1969, S. 50-65

<sup>12</sup> Busse, Caspar, Hoffmann, Catherine: Deutschland lässt Europa hinter sich. In: Süddeutsche Zeitung, 28./29.01.2012



zunächst des Export- und des Staatssektors in Deutschland gesprochen. So bedeuten die durch die anhaltenden Unsicherheiten deutlichen Kursverluste des Euro einen nochmaligen Schub für die deutsche Exportwirtschaft.<sup>13</sup> Gleichzeitig bieten sich wegen der besonderen Anlagesicherheit sowohl für Investitionskredite wie für Staatsanleihen und des dadurch ausgelösten starken Kapitalzu- und rückflusses nach Deutschland besonders günstige Zinskonditionen.<sup>14</sup>

Dabei darf über diesen kurzfristigen Vorteilen nicht übersehen werden, dass die von Deutschland erzwungene Sparpolitik in Gesamteuropa die Voraussetzungen der bisherigen Exporterfolge untergräbt. Ohne eine offensive Investitionskampagne in die Realwirtschaft der europäischen Schuldenländer werden die dortigen hohen Staatsschulden als Folge der Kosten der Krisenprogramme und der Bankenrettung bei gleichzeitiger Kapitalknappheit und Hochzinssituation auch die deutschen Chancen beeinträchtigen.<sup>15</sup> Es besteht die Gefahr, dass Deutschland als „kapitaler Profiteur der Krise“<sup>16</sup> seine Gewinnerposition nicht für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kreditländer sondern zur wahlpolitischen Klientelpflege bspw. durch Steuersenkungen und zur Sanierung von Versicherungen und Pensionsfonds, die durch den Kursverfall ihrer Staatsanleihen gelitten haben vernutzt.<sup>17</sup> Das von Medienkommentatoren unterstellte Wahlkampfalkül der Berliner Koalition, das sich mit dem neoliberalen Wirtschaftsinteresse des Banken- und Exportsektors der deutschen Ökonomie amalgamiert kann dabei durchaus auf breite Zustimmung in einer Gesellschaft rechnen, in der die angeordnete Verarmung durch zwei Jahrzehnte „Reformen“, insbesondere durch Hartz IV vor allem durch Angst vor dem Getroffenwerden und die Ausgrenzung der Betroffenen, weniger aber durch Erfolge bei der Gegenwehr gegen diese „Reformen“ verarbeitet wird.<sup>18</sup> Diese Gesellschaft lernt seit Jahrzehnten in mehreren „Schulen der Nation“ die böse Genugtuung des Nicht-zu-den-Ausgegrenzten-zählens: In den in Stamm- und Randbelegschaften gespaltenen Unternehmen und Betrieben,<sup>19</sup> in den Einrichtungen der Bildungsrepublik Deutschland für die Bildungsnahen bzw. die Bildungsfernen.<sup>20</sup> Dass für Deutschland im Unterschied vor allem zu den europäischen Kreditländern eine „Krise ohne Krisenbewusstsein“<sup>21</sup> zu konstatieren ist, liegt daran dass der Export- und Bankensektor und der Staatshaushalt in der Krise derzeit profitieren und die deutsche Gesellschaft an sich selbst Ausgrenzung seit langem trainiert hat und jetzt durch das „Exempel Griechenland“ in ihrem Verzicht „belohnt“ wird.

<sup>13</sup> Beise, Marc: Also doch: Eine Euro-Krise. In: Süddeutsche Zeitung, 10.01.2012

<sup>14</sup> Arbeitskreis Konjunktur: Im Bann der Austeritätspolitik. IMK-Report 69/2011. Hrsg.: Institut für Makroökonomie und Konjunkturpolitik, Düsseldorf, Dezember 2011, S. 13.

<sup>15</sup> Arbeitskreis Konjunktur: A.a.O., S. 10 und S. 13. Es kommt zu der paradoxen Situation das die europäischen Krisenländer durch den Rückgang der Importe und des Konsums und generell durch Lohn- und Nebenlohnsenkungen jetzt sogar im Export zulegen, d.h. auch noch zu Konkurrenten werden. Ebda. S. 8

<sup>16</sup> Beise, Marc: A.a.O.

<sup>17</sup> Arbeitskreis Konjunktur: A.a.O. S. 13

<sup>18</sup> Heitmeier, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Edition Suhrkamp, Berlin 2012

<sup>19</sup> Dörre et al.: Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme. In: Koppetsch, Cornelia (Hrsg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus, VS-Verlag Wiesbaden 2011, S. 21 – 50, bes. S. 38 ff., bes. S. 43

<sup>20</sup> Goeschel, Albrecht: „Wissensgesellschaft“: Adaption der Qualifikationen zu Mentalitäten und Milieus an den Exportkapitalismus Deutschland. In: Koppetsch, Cornelia (Hrsg.): A.a.O., S. 51 - 78

<sup>21</sup> Dörre et al.: A.a.O. S. 43



## Exkurs: Die Ablehnung der Entwicklung durch Transfers

Nicht zufällig werden zur gleichen Zeit in Deutschland der Bund-Länder-Finanzausgleich und in der Europäischen Union ein Finanzausgleich zwischen Export- und Kreditländern abgelehnt. Der jahrzehntealte innerdeutsche Solidarausgleich zwischen im Zeitverlauf wechselnden wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Ländern, ab 1990 dann gesondert auch noch zwischen alten und neuen Bundesländern wird von den derzeit prosperierenden Ländern, vor allem Bayern vehement abgelehnt.<sup>22</sup> und <sup>23</sup> Die in der Verfassung festgelegte Solidarisierungsformel von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Aufgabenstellung des Sozialen Bundesstaates, gemäß Art. 72 Abs. 2 GG und die daraus abgeleitete Raumordnungspolitik mit unterschiedlich ausgleichsberechtigten Raumkategorien wird in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik insbesondere Bayerns durch die Konkurrenzformel „Wettbewerbsföderalismus“ unterlaufen. Die staatliche Förderpolitik soll sich nur noch auf die wettbewerbsstarken „Cluster“ konzentrieren.<sup>24</sup>

Gleichzeitig ist die Politik des Bundes darauf ausgerichtet, die sehr unterschiedlichen Regionalinzidenzen bzw. die sehr unterschiedlichen Raumwirkungen der jährlich hunderte von Milliarden Euro umfassenden Sozialtransfers nicht zu thematisieren. Es soll nicht transparent werden, dass die „Reformen“ in den Bereichen Grundsicherung, Gesundheit, Pflege und Rente vor allem die Kaufkraft in strukturschwachen Regionen bedrohen und dass die Exportförderung durch Lohnzurückhaltung und durch Lohnabbau über den Kanal der Nebenlöhne, d.h. Sozialbeiträge und Sozialleistungen nicht nur individuell und finanziell die Haushaltseinkommen sondern auch kollektiv und regional die Inlandskaufkraft vermindern.<sup>25</sup> Ohne Zweifel trifft die Zelebrierung von Vorbehalten und Ablehnung aller dauerhaften Transferkonstruktionen von einer Übernahme des Solidarausgleichs zwischen den alten und den neuen Bundesländern in den Euroraum bis zur Ausgabe von Eurobonds auf eine seit langen Jahren gepflegte Vorurteilshaltung der Bevölkerungen in den Gewinnerregionen gegen die Potentialerhaltung und Weiterentwicklung in Verliererregionen.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> Derzeit sind in absteigender Reihe folgende Bundesländer Nettozahler im Landesfinanzausgleich im Zeitraum 1950 bis 2011: Baden-Württemberg, Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg, Süddeutsche Zeitung, 01.02.2012. Aus durchsichtigen Wahlkampfgründen beabsichtigt der bayerische CSU-Finanzminister der Metropole München mit ihrem als SPD-Ministerpräsidentenkandidat auftretenden Oberbürgermeister die Zuschüsse aus dem kommunalen Finanzausgleichs zu streichen. Süddeutsche Zeitung, 05.03.2012

<sup>23</sup> Süddeutsche Zeitung, 30.01.2012 und 01.02.2012

<sup>24</sup> Goeschel, Albrecht: Von der wohlfahrtstaatlichen Raumentwicklung zur finanzkapitalistischen Länderkonkurrenz: Dargestellt am Wandel der Klassifizierung von Regionen. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, Januar 2012

<sup>25</sup> Goeschel, Albrecht: Exportorientierung und Rentenbilanz der Wirtschaftsregionen. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Realwirtschaft“: Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzkasino, Düsseldorf 2010, S. 55-76 und Martens, Rudolf: Altersarmut in den Regionen Nordrhein-Westfalen: Eine Bestandsaufnahme und eine Vorausschau. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Realwirtschaft“: A.a.O., S. 77-94

<sup>26</sup> Die notwendige immer neue Entstehung räumlicher Ungleichheit entsprechend der räumlich unterschiedlichen organischen Zusammensetzung des Kapitals bzw. den raumunterschiedlichen Profitraten in kapitalistischen Wirtschaften ist in der Regionalökonomie wie in der Politologie als „Zentren-Peripherie“ und „Metropolen-Peripherie“ – Thema bekannt: Altvater, Elmar: A.a.O., S. 30 ff, S. 69 ff und Jalée, Pierre: A.a.O.

## 2. Zur Frage der Macht in der politisch-ökonomischen Entwicklung der EU und des EURO

Die Staatsschuldenkrise insbesondere im Falle Griechenlands hat den politischen Vorhang vor dem tatsächlichen Hinterbühnengeschehen des Konferenztheaters weggezogen: Die entscheidenden Fragen sind Machtfragen. Dies zeigt insbesondere die Frage nach der Restsouveränität der einzelnen EU-Mitglieder.<sup>27</sup> Im Rahmen dieser Machtfragen wird auch unübersehbar, dass Löhne und Preise nicht nach rein ökonomischen sondern nach politisch-ökonomischen Maßgaben zustande kommen.<sup>28</sup> Im wirtschaftswissenschaftlichen Krisendiskurs ist nun immerhin zwar die schlechte Zeit geradezu monomanischer und fundamentalistischer Einseitigkeiten der Angebotstheoretiker, d.h. der Ideologie sich selbst regulierender Märkte und damit der Notwendigkeit einer Marktgerechtigkeit aller Wirtschaftstätigkeiten und Lebensäußerungen zu Ende. Es gibt wieder eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung jenseits der Reduzierung aller Ökonomie auf betriebswirtschaftliche Vorurteile. Gleichwohl bleiben auch die kritischen Beiträge merkwürdig verhalten. Auch neuere Publikationen, die makroökonomisch stimmig nachweisen, dass die wachsende Ungleichheit durch Umverteilung zulasten der Arbeitseinkommen eine Hauptursache der aktuellen Großkrise ist<sup>29</sup> stellen zwar richtig fest, dass Verteilungsfragen und Arbeitsmarktergebnisse Machtfragen sind<sup>30</sup> - sie können oder wollen dies aber nicht deutlicher machen.

Konzeptionell breiter ausgelegte kritische Analysen zum „Modell Deutschland“ arbeiten zwar überzeugend heraus, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1980er Jahre eine politische und institutionelle Koppelung zwischen Wertschöpfung und Wohlstand, sei es in Form von Arbeitseinkommen oder von Daseinsvorsorge gewährleistet war – dann aber die Phase des „Teilhabekapitalismus“<sup>31</sup> wegen Änderungen der externen Voraussetzungen aufgegeben und die Entwicklung in Richtung des heutigen Finanzkapitalismus eingeschlagen worden sei. Als Hauptgrund werden die wachsenden Rohstoff- und Umweltkosten des auf Massenkaufkraft und Massenkonsum basierenden Teilhabekapitalismus genannt.<sup>32</sup> Diese These ist schon wegen des nicht explizierten Mechanismus der Umsetzung der Rohstoffe- und Umweltsituation in Wirtschaftspolitik nicht überzeugend. Und sie ignoriert auch einen ganz anderen externen Faktor, der zu einer Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der Lohnarbeit, der Arbeitslöhne und der Daseinsvorsorge wesentlich beiträgt: Der Zerfall des staatsfordistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Sozialistischen Länder. Deren pure Existenz hat via

<sup>27</sup> Zugespitzt zeigt sich dies in den beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Sommer 2012 eingereichten Klagen gegen die europäischen Rettungskonstruktionen

<sup>28</sup> Die Aufforderungen an die sogenannten Schuldenländer, ihre gegenüber den seit Jahren zu niedrigen Löhnen in Deutschland „zu hohen Löhne“ zu senken sprechen den sonstigen Bedenken, im besonderen in der Mindestlohnfrage, zur politischen Einflussnahme auf eine freie Preisbildung für Arbeitszeit Hohn.

<sup>29</sup> Horn, Gustav A.: Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert. Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2011

<sup>30</sup> Ebda., S. 47 ff. und S. 186

<sup>31</sup> Busch, Ulrich; Land, Rainer: Teilhabekapitalismus: Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 – 2009. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Teilhabe im Umbruch, 2. Bericht, Wiesbaden 2012, S. 117 ff. - 152

<sup>32</sup> Ebda. S. 138 ff.

Systemkonkurrenz und Kaltem Krieg schon mit einem vergleichsweise geringen Aufwand an „Klassenkampf“, gemessen etwa in Streiktagen in (West-)Deutschland im OECD-Vergleich, für eine Moderation des Lohngesetzes, für die Praktizierung von Teilhabekapitalismus gesorgt.<sup>33</sup>

Noch bedeutsamer als diese exogenen Faktoren ist der immanente ökonomisch-politische Erosionsprozess des keynesianisch-fordistischen Teilhabekapitalismus: Vereinfacht gesagt wird in diesem Konzept das Lohngesetz, nach dem der Lohnanteil an der Wertschöpfung nach der Wettbewerbsratio der Unternehmerwirtschaft stets minimiert werden soll durch Einkommenspolitik, Sozialsicherung und Daseinsvorsorge korrigiert oder kompensiert. Dies setzt aber zwingend entsprechend hohe Steuern und Beiträge auf Kapitalvermögen, Wertschöpfung und Arbeitslöhne voraus. Gerade die soziale Befriedung bei ökonomischem Wachstum als politisch-ökonomische Leistung des Teilhabekapitalismus und die vor allem mit dem System der Sozialsicherung verbundene Individualisierung des Arbeitsvermögens haben aber die Sanktionsfähigkeit und Sanktionsnotwendigkeit der Arbeitsbevölkerung jahrzehntelang abgebaut – ablesbar auch in dem stetigen Rückgang gewerkschaftlicher Organisation und Aktivität.<sup>34</sup> Gleichzeitig haben Politiklinien, die auf Steuersenkung, Beitragssenkung und Entstaatlichung abgestellt hatten, an Zustimmungsfähigkeit gewonnen und dann tatsächlich dem Teilhabekapitalismus seine fiskalisch-parafiskalische Grundlage entzogen.<sup>35</sup> Der keynesianische Teilhabekapitalismus war u.a. aus dieser Konstellation heraus das Opfer seines eigenen Erfolges – oder seiner unbegriffenen Widersprüche geworden.<sup>36</sup> Mit der erfolgreichen Auslagerung gesellschaftlich-politischer Konflikte insbesondere aus dem Wirtschaftsbereich in den Umweltbereich wurde dem politisch-ökonomischen

---

<sup>33</sup> Dabei darf nicht vergessen werden, dass die westlichen Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland mit aller Härte und vor allem durch die Militärbeschlagnahme der Großbetriebe deren Übernahme in Belegschafts- oder Gemeineigentum verhindert haben. In der Literatur finden sich hierzu Begriffe wie „erzwungener Kapitalismus“ und „Kommandiertes Wunder“. Schmitt, U.; Fichter, T.: Der erzwungene Kapitalismus, Wagenbach Verlag, Berlin 1971 und Pritzkolet, Kurt: Das kommandierte Wunder, Verlag Kurt Desch, Wien, München, Basel 1959, S. 717-776. Auch in weniger spektakulärer Form diskriminierten vor allem die Angloamerikaner Formen der Gemeinwirtschaft in Deutschland. Sie benachteiligten die Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Kommunen bei der Vergabe von Finanzhilfen gegenüber Privatunternehmen. Ambrosius, Gerold: Öffentliche Unternehmen im Wirtschaftswunder. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2/1990, S. 127-140.

<sup>34</sup> Lehdorff, Steffen: Vor der Rückkehr des Staates? Europäische Beschäftigungsmodelle im Umbruch. In: Lehdorff, Steffen (Hrsg.): Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells, VSA-Verlag Hamburg 2009, S. 205

<sup>35</sup> Bofinger, Peter: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. In: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf 7/2008, S. 351-337

<sup>36</sup> Eine breite Darstellung all derjenigen Entwicklungen in Produktion und Konsum, Lebensformen und Lebensstilen, Sozialsituation etc. in Verbindung mit den Prosperitäts- und Individualisierungsmechanismen des Teilhabekapitalismus, dessen politische Voraussetzungen: Verteilungspolitik und Steuerpolitik erodiert sind, zeigt die großangelegte Untersuchung des Forschungsverbundes Sozioökonomische Berichterstattung zur sozialökonomischen Entwicklung in Deutschland. Erster Bericht VS-Verlag Wiesbaden 2005 und Zweiter Bericht, VS-Verlag Wiesbaden 2012

Durchmarsch zum Export- und Finanzkapitalismus seit den 1980er Jahren das Tor geöffnet.<sup>37</sup>

Im deutschen wirtschaftspolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs fallen noch einige weitere gravierende Verdrängungen auf. Im Zusammenhang der sogenannten Staatsschuldenkrise der Euro-Länder, die politisch-ökonomisch eine Übernahme von Banken- und Kapitaleignerrisiken zulasten der Bevölkerungen ist, wird allenfalls noch an den für Deutschland so erfolgreichen Bundesländerfinanzausgleich erinnert.<sup>38</sup> Die im Zusammenhang der Griechenlandkrise viel naheliegendere Erinnerung an die Übernahme der Gesellschaft und Wirtschaft der staatsfordistischen Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Struktur-, Staats-, Mentalitäts- etc. Unterschieden bei gleicher Währung und der sich daraus für die neuen Bundesländer ergebenden Transferökonomie wird auffällig vermieden. Das Inhaltsverzeichnis einer der besten Untersuchungen zu den Voraussetzungen, Verfahrensweisen und Auswirkungen der damaligen Währungsunion und Wiedervereinigung liest sich wie ein Untersuchungsplan für Griechenland.<sup>39</sup> Die Verdrängungsleistung auch „kritischer“ Ökonomen geht aber noch viel weiter: Wohl hat der deutsche Kaiserstaat nur eine kurze Kolonialgeschichte ohne besondere ökonomische, soziale und politische Relevanz und ohne diese Art der kolonialen Wachstumssicherung durch Wirtschaftsraumerweiterung. Der Verzicht auf die in Großbritannien und Frankreich, aber auch in Italien und Portugal geführte auch ökonomische Dekolonisierungsdebatte ist damit sachgerecht. Umso unverständlicher ist die Unfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft und auch Sozialwissenschaft in Deutschland, den „Landnahme“-Charakter des kontinentalen und atlantisch-pazifischen Großkrieges zwischen den Alliierten und den Achsenmächten in ihre Modellierung einzubeziehen und die Währungsfolgen dieser globalen Wirtschaftsraumeneuordnung mit den aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrisen in einen Erklärungszusammenhang zu bringen.

### **3. Der Kontinental- und Atlantik-Pazifik-Krieg: Wachstumssicherung durch Wirtschaftsraumerweiterung und Weltwährungsneuordnung**

Die US-amerikanisch-japanischen<sup>40</sup> und französisch-englisch-italienischen Auseinandersetzungen<sup>41</sup> im Pazifik bzw. im Mittelmeer sind hier zunächst nicht von Interesse. Vielmehr interessiert hier das Muster, nachdem das deutsche Reich auch aus ökonomischen Erwägungen und durchgängig schon während seiner parlamentarischen Nachkriegsphase bis 1933 eine Revision seiner Gebiets-, vor allem Industriegebietsverluste im Osten und Westen versuchte und dann nach 1933 in eine Phase der Expansion mit dem Ziel der Gewinnung von Großraum im Osten eintrat.

---

<sup>37</sup> Es ist durchaus konsequent, dass eine rot-grüne, d.h. sozialdemokratisch-grünalternative Koalitionsregierung den Exportexzess, die Finanzwirtschaft und den Niedriglohn in Deutschland besonders aktiv gefördert haben.

<sup>38</sup> Horn, Gustav A.: A.a.O., S. 248.

<sup>39</sup> Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: Der Preis der Einheit - Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1991

<sup>40</sup> Martin, Bern: Das deutsch-japanische Bündnis im Zweiten Weltkrieg. In: Michalke, Wolfgang. A.a.O., S. 120 - 137

<sup>41</sup> Petersen, Jens: Deutschland und Italien 1939 bis 1945. In: Michalke, Wolfgang. A.a.O., S. 108 – 119, bes. S. 111



### 3.1. Kooperation mit Frankreich und Kolonialpolitik gegenüber Polen und der Sowjetunion

Wenn man sich daher auf die Zeit nach 1933 konzentriert gab es hier zunächst eine Eingliederungsphase (Österreich, Sudetendeutschland und Resttschechei). Vor allem aber entwickelte sich nach der 1940 erfolgten militärischen Revision der Niederlage im Ersten Weltkrieg eine ausgeprägte bilaterale Wirtschaftskooperation zwischen Deutschland und Frankreich bis weit in das Jahr 1944.<sup>42</sup> Zudem hatte Deutschland nach 1933 ein ganzes Netz von Bilateralbeziehungen in weiten Teilen Europas aufgebaut<sup>43</sup> Demgegenüber wurde im Falle Polens und später der Sowjetunion auf eine reine Kolonialstrategie unter der Überschrift „Lebensraum“ gesetzt.<sup>44</sup>

### 3.2. Die Vereinigten Staaten und das Dritte Reich: Krisenüberwindung durch Expansion der Wirtschaftsräume mit Weltkriegsfolge

Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems im Sommer 1931 und das Schrumpfen des Welthandels beendete zunächst die in den zwanziger Jahren außerordentlich gewachsene Präsenz der USA in Deutschland und Europa. Dabei waren die Vereinigten Staaten auch vom Schuldner Europas zu dessen Gläubiger geworden.<sup>45</sup> Dem Rückzug des amerikanischen Kapitals folgte im Sommer 1933 die Weigerung der USA, bei der Londoner Wirtschaftskonferenz in Zusammenarbeit mit anderen Staaten die Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Die amerikanische Wirtschaftspolitik konzentrierte sich mit ihrem „New Deal“ zunächst ausschließlich auf ihren riesigen Binnenmarkt.<sup>46</sup> In der gleichen Phase vollzog sich auch in Deutschland, als der stärksten Volkswirtschaft in Europa, eine wirtschaftskonzeptionelle Abkehr von der Welthandelsorientierung der Vorkriegszeit und der Zwanziger Jahre – angetrieben durch den krisenbedingten langfristigen Exporteinbruch und den internationalen Wirtschaftsprotektionismus auch der Vereinigten Staaten. Was folgte war eine Umorientierung auf eine deutsche und europäische Großraumwirtschaft:<sup>47</sup> *„Als Endziel postulierte man einen aus 300 Millionen Menschen sich rekrutierenden europäischen Wirtschaftsraum, der „gleichrangig wenn nicht überlegen“, neben den Hegemonialraum Amerikas, das englische Imperium, neben den sich formierenden chino-japanischen und schließlich*

<sup>42</sup> Knipping, Franz: Die deutsche Frankreichpolitik 1940 – 1942. In: Michalke, Wolfgang: Der Zweite Weltkrieg, Piper-Verlag München 1989, S. 697 - 709

<sup>43</sup> Volkman, Hans-Erich: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: Deist et al.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Fischer-TB, Frankfurt am Main 1989, S. 211 - 435

<sup>44</sup> Ebda. S. 373

<sup>45</sup> Sweezy, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1970, S. 377 ff.

<sup>46</sup> Junker, Detlef: Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten 1933 – 1945. In: Michalke, Wolfgang: Der Zweite Weltkrieg, Piper-Verlag München 1989, S. 57 – 73 und Rahn, Werner: Der Atlantik in der strategischen Perspektive Hitlers und Roosevelts 1941. In: Michalke, Wolfgang: A.a.O., S. 677 - 682

<sup>47</sup> Volkman, Hans-Erich: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: Deist et al.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Fischer-Verlag, Frankfurt am Main 1989, S. 211 – 438, bes. S. 221 ff. In den beginnenden 30er Jahren wurde krisenbegleitend eine breite wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Diskussion über Autarkiekonzepte, Bilateralhandel, Staatskonjunkturpolitik und vor allem Großraumwirtschaft geführt. Ebda., S. 222 ff.

*neben den russischen Großraum treten sollte“.<sup>48</sup> Das Bild war „eine von Deutschland dominierte Großraumwirtschaft im mitteleuropäischen- und südosteuropäischen Raum.“<sup>49</sup> Mit der Regierungsübernahme durch das Kabinett Hitler-Papen im Januar 1933 gewann diese deutsch-europäische Konzeption der von den Vereinigten Staaten ebenfalls und von Großbritannien für das Commonwealth seit den Ottowabeschlüssen von 1932 praktizierten Wirtschaftsorientierung politische Kraft: Sie amalgamierte sich mit der national-sozialistischen Deficit-Spendung-Konzeption einer raumgebundenen und staatskonjunkturellen Großraumwirtschaft zur Gewinnung von „Lebensraum“.<sup>50</sup>*

Aus der Sicht der damaligen Regierung der Vereinigten Staaten und der von ihr vertretenen interventionistischen Politik bestand damit spätestens in Verbindung mit den nicht mehr nur ökonomischen und diplomatischen sondern semimilitärischen und militärischen Realisierungsschritten der Achsenmächte in Europa und Japans in Asien zur Ausweitung und Abrundung ihrer Großwirtschaftsräume folgendes Szenario: Ein militärischer Erfolg Deutschlands und seiner Verbündeten in Europa und Japans im Fernen Osten würde beide Weltregionen zu autarken Planwirtschaftsräumen, zusätzlich zur Sowjetunion machen. Die Vereinigten Staaten würden ihre Investitionen verlieren, das Handelsvolumen würde fallen, Südamerika unter den Einfluss Hitler-Europas geraten. Durch die Schrumpfung der Import- und Exportindustrie und deren Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten würde sich das Arbeitslosenproblem erneut zuspitzen und letztlich das kapitalistische Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten in Gefahr bringen: Der offene, ungeteilte Weltmarkt wurde als Grundbedingung für das Überleben des amerikanischen Systems identifiziert.<sup>51</sup> Aus diesen Überlegungen heraus dehnten die Vereinigten Staaten spätestens ab 1938 ihren militärischen Vorherrschaftsanspruch von ursprünglich der westlichen Hemisphäre und dem halben Pazifik sukzessive auf den gesamten Globus aus.<sup>52</sup>

### **3.3. Weltrüstungskonjunktur und Weltwährungssystem**

Aus dem militärischen Zusammenprall der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten mit dem Dritten Reich und seinen Verbündeten einschließlich Japans zur Neuaufteilung der Wirtschaftsräume ergab sich eine Weltrüstungskonjunktur immensen Ausmaßes mit zwei unterschiedlichen Aufsetzpunkten bei den jeweiligen Volkswirtschaften und zwei dementsprechend unterschiedlichen Folgen für die Währungen und Währungssysteme. Stark vereinfacht wollte das nationalsozialistische Deutschland einen wirtschaftlichen Großraum durch militärische Aufrüstung, ökonomische Abhängigkeiten, diplomatischen Druck und militärische Aktionen erst schaffen, um von dieser Basis aus dann bevorzugt in Polen und Russland Kolonialverhältnisse zu errichten. Nach territorialen Korrekturen bei den als Kriegsfolge abgetretenen oder verlorenen Gebieten wie dem Saarland oder dem Sudetenland oder der Angliederung Österreichs und der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren standen dabei eine ökonomisch-politische Hegemonie mittels Bilateralverträgen vor allem mit Ländern in Südosteuropa wie der Slowakei, Ungarn, Jugoslawien,

<sup>48</sup> Ebda. S. 223

<sup>49</sup> Ebda. S. 223

<sup>50</sup> Ebda. S. 226 ff.

<sup>51</sup> Junker, Detlef: A.a.O., S. 64

<sup>52</sup> Ebda.

Bulgarien und Rumänien im Vordergrund. Mit Abschluss des Wirtschaftsvertrages zwischen Deutschland und Rumänien 1939 war diese Phase abgeschlossen.<sup>53</sup> Begleitet war dies von einer beispiellosen Aufrüstungspolitik und Rüstungswirtschaftskonjunktur seit 1933.<sup>54</sup> Für die Vereinigten Staaten stellte sich die Aufrüstung und die dadurch ausgelöste Rüstungswirtschaftskonjunktur sozusagen spiegelverkehrt dar: Aus einem schon bestehenden Großwirtschaftsraum heraus konnten stufenweise nach Überwindung der innenpolitischen Interventionshindernisse zunächst Rüstungslieferungen an Großbritannien und die Sowjetunion erfolgen die ab 1941 in einen zunächst pazifisch-atlantischen und dann kontinentalen Weltkrieg mündeten.

Die Währungsfolgen waren diametral verschieden: Die deutsche Aufrüstungskonjunktur, die zunächst über die Konstruktion der Mefo-Wechsel mit Reichsbankenkrediten vorfinanziert wurde und trotz Kürzungen der Sozialausgaben zu einem steilen Anstieg der Staatsverschuldung führte<sup>55</sup> sollte gemäß der Großraumwirtschaftskonzeption lediglich durch substitutiven Weltmarktexport gestärkt werden<sup>56</sup> und mit seinen Überschüssen unvermeidliche Importe über die Clearinggrenzen hinaus finanzieren. Die rüstungswirtschaftliche Überauslastung der Kapazitäten ließ hierfür aber kaum Spielraum – dementsprechend sanken die Gold- und Devisenreserven des Deutschen Reiches dramatisch von ca. 2,4 Mrd. Reichsmark 1928 auf nur noch ca. 0,07 Mrd. Reichsmark 1937.<sup>57</sup> Gleichzeitig stieg auch die Verschuldung gegenüber den Clearing-Partnerländern, insbesondere gegenüber Südosteuropa weiter an.<sup>58</sup> Eine Atempause brachten die mit dem Ausschluss Österreichs in den deutschen Wirtschaftsraum gelangten bedeutenden staatlichen und privaten Gold-, Devisen- sowie Deposit- und Aktienbestände.<sup>59</sup> Gleiches galt für die Annexion der Rest-Tschechei.<sup>60</sup> Gleichwohl waren im Herbst 1939 die Gold- und Devisenreserven des Deutschen Reichs für die Bereitstellung eines enormen Militärapparats aufgebraucht und zusätzlich war noch ein erheblicher Schuldenbestand bei den handels-, außen- und militärpolitisch nahestehenden Clearingländern aufgelaufen. Die kontinentalen Gegner Großbritannien und Frankreich verfügten demgegenüber über reichliche Gold- und Devisenbestände – vom Hintergrundgegner Vereinigte Staaten ganz zu schweigen.<sup>61</sup>

Unter dem Gesichtspunkt einer fiktiven Rückkehr zum Weltmarkt hatte das Dritte Reich zwar durchaus unter Einsatz ökonomischer, politisch-diplomatischer und militärischer Mittel einen eindrucksvollen wirtschaftlich-politischen Großraum und Binnenmarkt, gerade durch den Einbezug Südosteuropas geschaffen. Es fehlten ihm

---

<sup>53</sup> Volkmann, Hans-Erich: A.a.O., S. 408; Der deutsche-rumänische Vertrag offenbarte noch eine spezifische währungspolitische Dimension der deutschen Bilateralstrategie, die sich in der späteren amerikanischen Dollar-Strategie wiederfinden sollte: Die Relation der rumänischen zur deutschen Währung wurde vertraglich besonders ungünstig zu Lasten der rumänischen Währung festgelegt und damit Importe aus Rumänien verbilligt und Exporte nach Rumänien verteuert, also die deutsche Devisenbilanz verbessert. Dobb, Maurice: Entwicklung des Kapitalismus, Kiepenheuer und Witsch, Köln 1970, S. 370.

<sup>54</sup> Ebda., S. 211 - 438

<sup>55</sup> Ebda., S. 281 ff und 296

<sup>56</sup> Ebda., S. 231 ff, S. 280

<sup>57</sup> Ebda., S. 311

<sup>58</sup> Ebda., S. 369 ff.

<sup>59</sup> Ebda., S. 384 ff.

<sup>60</sup> Ebda., S. 394 ff.

<sup>61</sup> Ebda., S. 427



aber von der Produktionsstruktur her die Möglichkeiten, die dafür eingegangene Verschuldung durch ziviles Wachstum auch mittels angemessener Exportüberschüsse abzutragen. Unter Weltmarkt- und Weltwährungsbedingungen hätte das Dritte Reich die Schaffung der europäischen Großraumwirtschaft mit einer Totalabwertung der Reichsmark und folgender Staatspleite bezahlen müssen. Statt dessen wurde vor allem auch ökonomisch motiviert der beabsichtigte Lebensraumkrieg gegen Polen<sup>62</sup> und später gegen die Sowjetunion geführt.

Für die Vereinigten Staaten stellte sich die zunächst politische Beanspruchung und dann militärische Inbesitznahme eines Großteils des Globus als Schutzzone, Handels- und Investitionsraum durch stufenweise Beteiligung am kontinentalen, atlantischen und pazifischen Krieg, Besetzung der besiegten Kriegsgegner und umfassende Militärbündnisse als Grundlage für die endgültige Überwindung der Weltwirtschaftskrise dar. Die Rüstungskonjunktur und Rüstungsbeschäftigung sicherte eine hohe Inlandsnachfrage und wurde durch den bald einsetzenden Kalten Krieg als Dauereinrichtung legitimiert und schon wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Koreakrieg realisiert.<sup>63</sup> Zugleich konnte damit auch eine breite Wiederaufbaufinanzierung Europas legitimiert werden. Dafür dass dieser Wiederaufbau im nichtsovietischen Europa frei von jeglicher gemein- und planwirtschaftlichen Beschränkung erfolgte, hatte eine rigorose Besatzungs-Wirtschaftspolitik in den ersten Nachkriegsjahren gesorgt.<sup>64</sup>

Die für diese Rüstungs-, Kriegsführungs- und Wiederaufbaupolitik erforderlichen Budgetaufwendungen bzw. Haushaltsdefizite der US-Regierung wurden durch den Inlandsboom sowie die Privatkapitalexporte nach Europa und Asien und das damit verbundene Wirtschaftswachstum garantiert. Zusätzlich wurden aber auch mit den Militärpartnerländern Devisenausgleichsabkommen zur Re-finanzierung von Stationierungs- und Rüstungskosten geschlossen.<sup>65</sup> Entscheidend aber war, dass die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer militärischen, politischen und ökonomischen Übermacht den nichtsozialistischen Staaten mit dem System von Bretton Woods ihre eigene Nationalwährung zugleich neben der Goldwährung als Leitwährung, als Weltgeld aufherrschen konnten.<sup>66</sup> Diese Doppelfunktion des US-Dollar als Nationalwährung der Vereinigten Staaten und als Weltmarktleitwährung verschaffte der Wirtschaft der Vereinigten Staaten gegenüber den Konkurrenzwirtschaften enorme Vorteile beim Waren- und Kapitalexport.<sup>67</sup> Die (Dollar-)Währungsreserven

---

<sup>62</sup> Bonner, Bill; Wiggin, Addison: Das Schuldenimperium – Vom Niedergang des amerikanischen Weltreichs und der Entstehung einer globalen Finanzkrise. Riemannverlag München 2006, S. 147 ff. Volkmann, Hans-Erich: Polen im politisch-wirtschaftlichen Kalkül des Dritten Reiches 1933 – 1939. In: Michalke, Wolfgang: A.a.O., S. 74 - 93

<sup>63</sup> Vilmar, Fritz: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1965, 3. Auflage 1967, S. 62 ff., S. 68 ff.

<sup>64</sup> Schmitt, U.; Fichter, T.: Der erzwungene Kapitalismus – Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 – 1948, Wagenbach-Verlag, Berlin 1971. Dabei schreckte die Regierung der Vereinigten Staaten auch vor politischen Erpressungen bspw. der Regierung Großbritanniens, der Regierung Italiens und der Bi-Zonen-Regierung zur Durchsetzung einer kapitalkonformen Wirtschaftspolitik, mit der Androhung von Zahlungsstopp oder der Androhung von Nahrungsmittellieferstopps nicht zurück. In Griechenland beteiligten sich die Vereinigten Staaten am Bürgerkrieg auf konservativer Seite. Ebda., S 74 ff., S. 80 ff., S. 83 ff. und S. 91 ff.

<sup>65</sup> Altvater, Elmar: Die Weltwährungskrise, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1969, S. 62 ff.

<sup>66</sup> Altvater, Elmar: A.a.O., S. 45 ff.

<sup>67</sup> Altvater, Elmar: A.a.O.

der Staatshaushalte und Banken der Konkurrenzländer lauteten schon auf diejenige Währung in der die Importe an Waren und Investitionen zu bezahlen waren.<sup>68</sup> Mit dem System von Bretton Woods war die militärische, politische und ökonomisch-technische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in das Welthandels- und Währungssystem eingeschrieben und sollte dies lange und bis zum Erscheinen des Euro bleiben.

Die Doppelfunktion des Dollar als Nationalwährung der Vereinigten Staaten und als Weltmarktleitwährung beinhaltet eine funktionelles und strukturelles Dauerdefizit der Zahlungsbilanz: als zusätzlich zum Gold fungierende Liquidität musste das US-Dollarvolumen über dem US-Goldvolumen liegen, sonst hätte es seine Rolle als zusätzliche Liquidität nicht entfalten können. Für die Entwicklung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ist dabei entscheidend, über welche Kanäle der zahlungsbilanzschädigende Dollarexport sich vollzog: es waren dies der privaten Kapitalexport und die staatlichen Wiederaufbau- und Entwicklungstransfers. Beide zusammen waren zweifelsohne die Grundlage für eine langanhaltend positive Handelsbilanz der US-Wirtschaft gegenüber den Ländern der US-Einflusszone, die allerdings zum Ausgleich der Zahlungsbilanzdefizite nicht ausreichte.<sup>69</sup> Erstaunlich ähnlich wie das nationalsozialistische Deutschland suchten die Vereinigten Staaten ihr Zahlungsbilanzdefizit durch eine Kombination von Devisenausgleichszahlungen (West-)Deutschlands für die US-Stationierungskosten bzw. von Rüstungsimporten vor allem (West-) Deutschlands zu verringern.<sup>70</sup>

### **Exkurs: Generalplanungen Ost, Morgenthauplan, Marshallplan – Entwicklung durch Gewalt und Geld**

Nach der Auslösung des Zweiten Weltkrieges durch den Krieg des Dritten Reiches mit Polen, Großbritannien und Frankreich und mit dem folgenden Krieg mit der Sowjetunion reduzierte sich die Ausweitung des deutschen Großwirtschaftsraumes allein auf eine militärische Variante. Die dabei faktisch und potentiell beherrschten oder beherrschbaren Territorien überstiegen von der Ausdehnung und von den Gehalten an Rohstoffen, Bevölkerung, Siedlungen, Landwirtschaft- und Industriestrukturen etc. die bisherigen Raumgewinne um ein Vielfaches. Bezüglich der Beherrschung und Ausnutzung dieser enormen Territorien entwickelten eine ganze Reihe von Institutionen des Dritten Reiches Überlegungen und Planungen. Insbesondere verschiedene Hauptämter der SS und die Deutsche Arbeitsfront (DAF) erarbeiten Planungen für den Ostraum. Es erscheint daher zulässig, nicht nur von einem „Generalplan Ost“<sup>71</sup> sondern von Generalplanungen Ost zu sprechen. Am auffälligsten ist dabei der im Laufe der Jahre nach 1939, insbesondere nach 1942 erfolgte Funktions- und Programmwandel dieser Planungen von der Rahmensetzung für eine rasse- und bevölkerungsbezogene Deportations- und Genozidstrategie zu einer Durchführungsgrundlage für die Ausschöpfung vor allem der

<sup>68</sup> Ebda., S. 37 ff. Es darf außerdem nicht übersehen werden, dass die Regierung und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten durch den militärisch-politischen Sieg über Deutschland in den Besitz eines enormen Potentials an Patenten, Prototypen und Realisationen neuester Technologien gelangten, die zu einem erheblichen Teil den technologischen Vorsprung der US-Wirtschaft gegenüber Europa und Japan begründeten.

<sup>69</sup> Altvater, Elmar: A.a.O., S. 60 ff

<sup>70</sup> Ebda., S. 63 ff.

<sup>71</sup> Rössler, Mechthild; Schleiermacher, Sabine (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“ – Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Akademie-Verlag Berlin 1993

Arbeitskraftreserven der Osträume für Zwecke der laufenden Wiederherstellung luftkriegszerstörter Industrie- und Infrastrukturen und für Zwecke der Erhöhung der rüstungswirtschaftlichen Produktionskapazität. In der geschichtsbezogenen Rückschau werden vor allem die rassepolitisch-genozidalen Voraus- und Begleitaktivitäten<sup>72</sup> der Raumordnung in den Ostgebieten betont und dabei die legitimierenden und intendierten Umstrukturierungsziele und deren Zusammenhang mit der Gesamtökonomie und der Raumökonomie des deutschen Kerngebietes des ökonomisch, diplomatisch und militärisch geschaffenen Großraumes zu wenig beachtet.

So gab es neben den Komponenten einer kruden systematischen Ausplünderung, De-Industrialisierung und Entstädterung des Ostraums<sup>73</sup> vor allem auch Konzepte der Gewinnung großindustrieller Vorratsstandorträume und zusätzlicher Arbeitskraftreserven.<sup>74</sup> Speziell das Standortnetz der Konzentrationslager im Ostraum als Teil der neuen Infrastruktur im Ostraum wurde in der Zweiten Kriegshälfte zu einer wichtigen Komponente der Rüstungsproduktion.<sup>75</sup> Als Gegenpol zum rassepolitisch-genozidalen Ansatz in den Generalplanungen Ost und deren durch den Kriegsverlauf bedingten Modifizierung in Richtung Ausmerzung durch Zwangsarbeit existierte auch noch eine andere Ostplanungsvariante. Die Deutsche Arbeitsfront konzipierte die langfristige Ausbeutung der eroberten Gebiete nach Maßgabe eines „antizyklischen Kreislaufmodells“.<sup>76</sup> Das eroberte Gebiet wurde mit seinem „Menschen, Rohstoffen und Volkswirtschaftlichen Kapazitäten“ als Beute betrachtet. Für die Bevölkerung in diesen Gebieten solle kein Gleichgewichtszustand zwischen Produktion und Konsumtion angestrebt werden sondern ein Teil der Produktion als „Mehrwert“<sup>77</sup> in realen Wirtschaftsgütern, d.h. Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Arbeitskräften an das Deutsche Reich abgeliefert werden. Angestrebt wurde ein „auf Dauer ausgelegter ungleicher Tausch“.<sup>78</sup> Ergänzt werden sollte dieses Konzept des ungleichen Tauschs durch ein Konzept des sozialen Aufstiegs der deutschen Unterschichten und deren Ersetzung durch eine rechtlose Unterschicht in den Landwirtschafts- und Industrieräumen im Osten. Die Rede war von einem neuen „Kontinentaleuropäischen Sozialraum“.<sup>79</sup> Roth schreibt zusammenfassend: *„In der Bilanz bleibt festzuhalten, dass das Awl der DAF mit seinen drei Denkschriften vom Dezember 1941 und den darauf folgenden Fortschreibungen verglichen mit den Entwürfen der verschiedenen anderen Planungsinstanzen dem NS-Imperialismus wohl die geschlossenste Konzeption zur Ausbeutung und „Germanisierung“ des Ostens zur Verfügung gestellt hat. Das Aktionsprogramm basierte auf einem kreislauftheoretisch entwickelten Modell des ungleichen Güterausstauschs und einer daraus abgeleiteten Theorie der langfristigen Unterentwicklung. Es war mit einem Konzept der sozialimperialistischen Aufstiegsmobilisierung der deutschen Arbeiterklasse im Reichsgebiet und in den*

<sup>72</sup> Eichholtz, Dietrich: Der „Generalplan Ost“ als genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion. In: Rössler, Mechthild; Schleiermacher, Sabine (Hrsg.): A.a.O., s. 118 ff.

<sup>73</sup> Roth, Karl-Heinz: Generalplan-Ost: Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse. In: Rössler, Mechthild; Schleiermacher, Sabine (Hrsg.): A.a.O., S. 42 ff und S. 53 ff.

<sup>74</sup> Ebda., S. 53 ff.

<sup>75</sup> Ebda., S. 79 ff.

<sup>76</sup> Roth, Karl-Heinz: Das Arbeitswirtschaftliche Institut der Arbeitsfront und die Ostplanung. In: Rössler, Mechthild; Schleiermacher, Sabine (Hrsg.): A.a.O., S. 215 – 231, bes. S. 220

<sup>77</sup> Ebda.

<sup>78</sup> Ebda.

<sup>79</sup> Ebda., S. 222

besetzten Gebieten verbunden, wofür die permanente soziale „Unterschichtung“ der „Ostvölker“ Vorbedingung war. Diese beiden methodischen Vorleistungen hatten die Erarbeitung eines Gesamtentwurfs ermöglicht, der alle wesentlichen Aspekte einer langfristigen Herrschaftskonsolidierung herausarbeitete und mit einem stringenten Demobilmachungsprogramm verbunden war. Insofern überragte die Konzeption des Awl die Nachkriegsprogramme der SS auch dann noch, als diese ein halbes Jahr später zu einem System der Sklavenökonomie weiterentwickelt worden waren: Ohne eine solche Sklavenökonomie prinzipiell auszuschließen, agierte das Awl auf einer sehr viel weiter gefassten Vorstellungsebene von Ausbeutungsperspektiven, die im Gegensatz zur SS die gesamte europäische Arbeiterklasse im Blick hatte und auf ein wirtschaftswissenschaftlich durchdachtes Apartheidsystem ausgerichtet war. Diesem Herrschaftsmodell wohnte eine sozialtechnische und wissenschaftliche Innovationskraft inne, die alle bisherigen strategischen Entwürfe weit übertraf. Es war ein Programm zur Entfaltung einer geo- und „volkstumpolitisch“ durchhierarchisierten Arpartheidökonomie. Der Innovations- und Rationalisierungsschub der volkswirtschaftlichen Strukturen des Reichsgebietes sollte dadurch verstetigt und antizyklisch gesichert werden, dass er mit einem permanenten Ressourcentransfer aus Territorien der nachholenden Entwicklung, der Entwicklung von dauerhafter Unterentwicklung und aus flexibel gestalteten Depressions- und Vernichtungsgebieten (den „Reservaten“) gekoppelt war. Die beiden Hauptpfeiler dieses Systems waren wirtschaftstheoretisch und sozialrassistisch fundiert. Sie transformierten den Rassismus der NS-Diktatur und der SS zu einem Instrument langfristiger imperialistischer Stabilität, indem sie den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse des „Herrenvolkes“ von der dauerhaften sozialen Pauperisierung der „Helotenvölker“ abhängig machten. Auf diese Weise lässt sich am Fall der vom Awl erstellten Ostplanungen am deutlichsten erkennen, was die Substanz der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus in der Zeit der NS-Diktatur ausmachte.<sup>80</sup> Weit im Vorfeld und weit unterhalb dieser sozial- und rasseimperialischen Ausbeutungskonzeption wurden die auch im nationalsozialistischen Deutschland bestehenden und teilweise noch ausgebauten Systeme der Sozialsicherung auch in die eingegliederten, angegliederten oder besetzten Gebiete „exportiert“ und nicht zuletzt als auch politischer Stabilisierungsfaktor des Großraums genützt.<sup>81</sup>

Ein Konzeptionswechsel für den Umgang von allem mit dem industriewirtschaftlichen Potential und der ideologisch-politischen Ausrichtung und Verfassung des militärisch restlos besiegten Dritten Reichs bzw. seiner Wirtschaft, seines Staates und seiner Gesellschaft war auch bei der Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkrieges, der Vereinigten Staaten festzustellen. Zunächst überwog, wie sich auch bei den Konferenzen in Yalta und Potsdam zeigte, eine Linie die darauf hinauslief das deutsche Wirtschaftspotential vor allem für die ehemaligen europäischen Kriegsgegner des Deutschen Reichs sozusagen als „Reparation“ und durch Demontage nutzbar zu machen. Bereits seit 1942 erarbeitete auch eine Kommission der US-Regierung verschiedene Varianten einer territorialen Aufspaltung

<sup>80</sup> Ebda. S. 223

<sup>81</sup> Goeschel, Albrecht: Krankenversicherung in den eingegliederten und besetzten Gebieten. In: Landenberger, Margarete (Hrsg.): Die historische Rolle der Sozialversicherungsträger bei der Durchsetzung politischer Ziele im Nationalsozialismus. Mitteilungen des Sonderforschungsbereiches 333 – Entwicklungsperspektiven von Arbeit, Sonderheft 3 München 1993, S.29-33; Landenberger, Margarete: Einleitung. In: Ebda. und Reidegeld, Eckard: Die Sozialversicherung im Großdeutschen Reich. In: Ebda., S. 35-48



Deutschlands, der sogenannten „Dismembration“.<sup>82</sup> und <sup>83</sup> Schwarz schreibt: *„Nach den Plänen der Jahre 1945 und 1946 sollte der Zusammenhang zwischen deutscher und europäischer Wirtschaft rein negativer Art sein. Deutschland hatte nicht durch seine Produktion zum Wiederaufbau des Kontinents beizutragen, sondern durch seine Produktionsmittel. Ein wesentlicher Teil der industriellen Anlagen war dazu bestimmt, dem europäischen Wiederaufbau in Form demontierter Kapitalgüter zugute zu kommen, und vor allem Großbritannien erhoffte sich bei einem weitgehenden Wegfall der lästigen Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine rasche Erholung seiner Exportindustrien.“*<sup>84</sup> Hinter *„dieser Entwicklungsvariante für Europa mittels eines Karthagofriedens“* (Hans Ulrich Schwarz) und ausformuliert im sogenannten Morgenthau-Plan standen auch sowohl isolationistische wie ordnungspolitische inneramerikanische Kalküle: Eine weitreichende Zerschlagung des deutschen Wirtschaftspotentials sollte einen raschen Militärabzug aus Europa ermöglichen. Andernfalls würden anhaltende politische Verpflichtungen, Auslandshilfekosten und Rüstungs- bzw. Besatzungskosten den zentralen Steuerstaat zu Lasten der unternehmerischen Freiheit weiter stärken, sozusagen den „New Deal“ mit militärisch-politischen Mitteln auch noch nach Europa exportieren. Diese Position wurde gerade von Seite der Republikaner vertreten.<sup>85</sup>

Gegenüber dieser Konzeption gewann dann während der ersten Nachkriegsjahre sehr bald eine von der Hochfinanz und vom Großkapital, aber auch von der Militärführung und innerhalb der Politik auch von Teilen der Demokraten getragene andere Konzeption die Oberhand. In einer Integration des Wirtschaftspotentials der drei Westzonen in den nichtsovietischen Wirtschaftsraum sahen *„Politiker, die dem Großkapital verbunden waren und schon insofern in internationalen Dimensionen zu planen gewohnt waren, . . . die Marktchancen für Konsum- und Kapitalgüterexporte und versprachen sich von der Schaffung eines wirtschaftlichen Großraumes einen fühlbaren Wirtschaftsaufschwung. Die Militärs, vom Weltkrieg her an integrierte Kriegsführung gewöhnt, hofften auf eine effektive Militärorganisation.“*<sup>86</sup> Es ging um einen kapitalistischen Wiederaufbau Europas als Chance für die Ausdehnung des privaten US-Kapitals und die Sicherung der Rohstoffquellen einerseits und die Vermeidung einer möglichen Politik der Sozialisierung in etlichen europäischen Ländern und vor allem eine Politik der Zurückdrängung der Sowjetunion insbesondere im Mittelmeerraum andererseits.<sup>87</sup> Die Aufspaltung Deutschlands blieb dabei eine konstante Zielsetzung.<sup>88</sup> Der Bürgerkrieg in Griechenland einerseits und der Marshallplan andererseits waren dabei die beiden Seiten der gleichen Medaille. Im Hintergrund standen eine drohende Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten selbst und besonders dramatisch in Großbritannien, aber auch Frankreich und Italien. Hier drohte in Europa im Falle weiterer Verschlechterungen eine

---

<sup>82</sup> Grewe, William G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1960, S. 109 ff.

<sup>83</sup> Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966, S. 39 ff.

<sup>84</sup> Ebda., S. 80 ff.

<sup>85</sup> Ebda., S. 39 ff.

<sup>86</sup> Ebda., S. 89

<sup>87</sup> Ebda., S. 63 ff. Der starke Einfluss oberster Militärführer in der damaligen Politik der Vereinigten Staaten zeigt sich nicht nur in der Position der Militärgouverneure General Clay in Deutschland und General McArthur in Japan sowie in der Übernahme der Außenamtes durch General Marshall sondern auch in der späteren Präsidentschaft von General Eisenhower.

<sup>88</sup> Grewe, Wilhelm G.: A.a.O., S. 109 ff., bes. S. 113 ff.

Machtübernahme durch die dortigen Parteien des Kommunismus.<sup>89</sup> Ebenfalls im Hintergrund stand die inneramerikanische Auseinandersetzung um das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Sollte ursprünglich ein dezidiertes Isolationismus nur verhindern, dass durch die Kosten eines zu langen Verbleibens der US-Truppen in Europa der zentralen Steuerstaat zu übermächtig wurde, so sollten nun durch eine „militärisch abgesicherte wirtschaftliche Durchdringung“<sup>90</sup> Deutschlands und Europas auch die wirtschaftsfeindlichen Strömungen in den Vereinigten Staaten daran gehindert werden durch die einseitige Zerschlagung der großen Kapitalgesellschaften und Industriekonzerne in Deutschland indirekt ihren Einfluss in den Vereinigten Staaten zu stärken.<sup>91</sup>

Der Politik- und Planungsschwenk vom Morgenthau-Plan zum Marshall-Plan folgten einem „antikommunistischen und privatkapitalistischen“ (Hans-Peter Schwarz) Grundmuster.<sup>92</sup> Mit dieser militärisch-ökonomischen Westintegration der drei Besatzungszonen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs war natürlich die jahrzehntelange Teilung Deutschlands verbunden und die Ersetzung der alten Einheitswährung Reichsmark durch die neue D-Mark unumgänglich geworden. Helmuth Böhme beschreibt den Marshall-Plan vereinfacht als Konzept von Kreditvergaben, d.h. Kapitalexport nach Europa zur Vorfinanzierung von Güterkäufen in, d.h. Warenimporten aus den Vereinigten Staaten.<sup>93</sup> Bemerkenswert ist der Hinweis Böhmes, dass die bevorzugte Kreditvergabe in die auch politisch-ökonomisch restaurierten montanindustriekapitalistischen Strukturen eine wesentliche Voraussetzung für die zwei Jahrzehnte später beginnende Strukturkrise des Ruhrgebiets war.<sup>94</sup> In der Literatur wird auch die finanzwirtschaftlich asymmetrische Wirkung der Einführung der D-Mark erörtert. Einerseits wurden damit die Kriegsschulden des zukünftigen westdeutschen Nachkriegsstaates „geschnitten“, andererseits aber auch die noch verbliebenen Sozialversicherungsvermögen der Arbeitnehmer entwertet.<sup>95</sup>

#### 4. West-Europa: Ende der Kolonialökonomie als Anfang der Wirtschaftsunion

In der Diskussion über den ökonomischen und politischen Gehalt des Kolonialismus des 19. Jahrhunderts und die Bedingungen seines Endes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird für die Kolonialökonomie der Begriff des Komplementärtausches benutzt: Militärisch und politisch beherrschte Überseegebiete bzw. Überseebevölkerungen liefern gegen minimale Substinzerhaltung die den entsprechenden Kernstaaten fehlenden agrarischen,

<sup>89</sup> Ebda., S. 78 ff. und S. 101 ff.

<sup>90</sup> Ebda., S. 72

<sup>91</sup> Ebda., S. 99 ff.

<sup>92</sup> Ebda., S. 100

<sup>93</sup> Böhme, Helmuth: Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main, 3. Auflage, 1969, S. 139 ff.

<sup>94</sup> Ebda., s. 139 ff. Das Ruhrgebiet als kohlewirtschaftlicher Komplementärtausch Deutschlands zu Lothringen als stahlwirtschaftlichem Komplementärtausch Frankreichs war Angel- und Ausgangspunkt der Zusammenarbeit und des späteren Zusammenschlusses zunächst Westeuropas. Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1960, S. 17 ff.

<sup>95</sup> Fuhrke, Monika: Staatliche Sozialpolitik. Eine Untersuchung zur Entwicklung des Systems der sozialen Sicherheit im Kapitalismus. Hrsg. Sozialistisches Büro, Offenbach April 1976, S.46 und o.V.: Die Macht der USA und ihr Gebrauch – Der globale Kapitalismus. In: Gegenstandspunkt, München 3 – 1997, S. 81-143, bes. S. 95.

häufig tropischen, und montanindustriellen etc. Rohstoffe zu einseitig von den Kolonialmächten festgesetzten Preisen. Dem gegenüber findet der vor dem Ersten Weltkrieg schon zu einem Höhepunkt gelangte Substitutivtausch zwischen den Industriestaaten selbst im Wege der Konkurrenz ihrer weitverbreiteten Monopolunternehmen statt. Eigene sichere und billige Rohstoffgebiete zur Vergünstigung der Lebenshaltungskosten der Arbeitnehmerschaften und damit der Lohnkosten und zur Vergünstigung der Materialkosten sind dabei dann integrale Bestandteile des Wettbewerbs um sogenannte Extraprofite auf dem Weltmarkt. Die Extraprofite der Metropolen werden durch die Unterentwicklung der Peripherie gesichert.<sup>96</sup>

Am dramatischsten wird der Wandel von der Kolonialökonomie zu einer Peripherieökonomie in der Umkehr der Menschenströme sichtbar: War der brutalste Ausdruck der alten komplementären Kolonialökonomie die Zwangsmobilisierung der einheimischen Bevölkerung durch Sklavenhandel und Arbeitsdeportation so richten sich heute starke Migrationsströme aus den Peripherien auf die Metropolregionen. Zuvor schon hatten in den 1970er Jahren die ökonomischen und politischen Rückwirkungen der De-Kolonisierungskriege in Algerien einerseits und in Angola-Guinea-Bissau-Mosambik andererseits die vormaligen politischen Strukturen und Regime in Frankreich durch die Präsidentschaft General De Gaulles und in Portugal durch die Präsidentschaft General de Spínolas beseitigt. Bei dieser peripherieökonomischen Konstellation, die auch die politische und militärische Unterstützung einer korruptionsfähigen Staatsstruktur und einer luxurierenden Oberschicht in den formal unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien umfasst, entsteht auf diese Weise keine bedürfnisgerechte Industrieproduktion und Mittelschicht, d.h. auch keine Konkurrenz für die Importe aus den Industrieländern.<sup>97</sup>

Eine wesentliche Rolle spielten bei diesem Funktionswandel der ehemaligen Kolonialökonomie zu einer besonders lukrativen Peripherie der Metropolen die auch nach der Unabhängigkeit weiterbestehenden Währungszonen des französischen Franc und des britischen Pfund Sterling etwa zur Manipulation von Umtauschrelationen. Insbesondere boten diese Währungszonen besonders günstige Bedingungen für weitere Formen der Erzielung von Extraprofiten durch Unterentwicklung:<sup>98</sup> Die wachsenden Diskrepanzen zwischen Exporterlösen und Importkosten der Peripherieländer und damit die sich verschlechternden Zahlungsbilanzen boten ein breites Einfallstor für monokulturell ausgerichtete Direktinvestitionen und Entwicklungskredite, bevorzugt Kredite für Rüstungskäufe.<sup>99</sup> Diese Zentren-Peripherie-Konstellation kulminierte in den 1980er Jahren in der Finanzkrise zwischen Nord und Süd.<sup>100</sup> Schon vor dem Zweiten Weltkrieg kündigte sich dieser Wandel der Beziehungen zwischen den imperialistischen Industriestaaten

---

<sup>96</sup> Isenberg, Hans-Georg: Imperialismus und Entwicklungshilfe – Zur Stabilisierung der Abhängigkeit. In: Das Argument, Berlin 1/2-1969, S. 50 – 65, bes. S. 54; Schünger, Bernd: Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt. In: Das Argument, Berlin 1/2-1969, S. 68 – 94, bes. S. 85 ff. und Sweezy, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1970, S. 337 ff.

<sup>97</sup> Isenberg, Hans-Georg: A.a.O., S. 53 ff. bes. S. 59

<sup>98</sup> Ebda., S. 54

<sup>99</sup> Ebda., S. 58 und Strotmann, Peter: Der Zusammenbruch des kapitalistischen Entwicklungsmodells in der Dritten Welt. In: Das Argument, Berlin 1/2-1969, S. 32 – 49, bes. S. 41 ff.

<sup>100</sup> Hankel, Wilhelm: Die Finanzkrise zwischen Nord und Süd, Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin. Diskussionspapier IIM /LMP – 83/9, Berlin 1983



und ihren Kolonialgebieten mit der Loslösung Indiens von Großbritannien an. Der unmittelbare Zusammenprall zunächst zwischen den alten imperialistischen Mächten und dem nationalsozialistisch-faschistischen Bündnis beschleunigte den politischen Dekolonisierungsprozess.

Großbritannien war nicht zuletzt wegen der immensen Kosten der Kriegsführung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und von den Vereinigten Staaten von Anbeginn an gewollt in eine weitgehende politische und ökonomische Abhängigkeit von diesen geraten. Zunächst die Rüstungslieferungen und dann die Besatzungskostenfinanzierung für Großbritannien waren hierfür die Hauptursache. Im Falle Frankreichs standen enorme Wiederaufbaukosten im Vordergrund. Der vormalige größere Vorsprung beider Länder hinsichtlich Gold- und Devisenreserven gegenüber dem Dritten Reich hatte sich verflüchtigt. Für beide Kolonialmächte kam ein sukzessiver Verlust ihrer Überseegebiete hinzu, der im Falle Frankreichs mit dem Kolonialkrieg in Indochina bereits 1945 begann und im Vor- und Umfeld des 1954 beginnenden Kolonialkrieges in Algerien neben hohen Kriegskosten zum Fortfall wichtiger weiterer Kolonialgebiete in Nordafrika (Tunesien und Marokko) führte. Der Algerienkrieg belastete wie schon zuvor der Indochinakrieg den französischen Staatshaushalt mit enormen Kosten und die Volkswirtschaft mit einem ernsthaften Verlust an Wertschöpfung.<sup>101</sup> Letztlich verhinderten beide Kolonialkriege die volle Teilnahme der französischen Wirtschaft an der für die beiden Nachkriegsjahrzehnte typischen Wachstumsphase in den kriegsbeteiligten Industrieländern.<sup>102</sup> Für Großbritannien setzte sich die De-Kolonialisierung mit dem Kolonialkrieg in Kenia zwischen 1952 und 1956 fort und in einer langen Reihe folgten die Umwandlung ehemaliger Kolonialländer wie Ghana, Nigeria, Sudan etc. in selbstständige Staaten. Belgien verlor um 1960 sein Ausbeutungsterritorium Belgisch-Kongo, später: Zaire. Zuletzt und mit besonders ruinösen Folgen für das selbst wirtschaftlich unterentwickelte Land, das die immensen Kolonialkriegskosten in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik nur mit Finanz- und Militärhilfe anderer europäischer Staaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und auch der Vereinigten Staaten tragen konnte, verlor Portugal seinen mit äußerster Härte geführten Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in seinem Kolonialterritorium.<sup>103</sup> Angola verfügt über die größten Erdölreserven an der westafrikanischen Küste.<sup>104</sup> Italien hatte seine Kolonialgebiete mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg verloren.

Der nachkolonialen Peripherieökonomie entsprach auch ein eigener Typus der Raumentwicklung. Anstelle der vormaligen umfassenden Annexion von Überseegebieten durch die imperialistischen Kolonialmächte und des gegenüber Polen und der Sowjetunion seitens des nationalsozialistischen Deutschland verfolgten gleichen Prinzips wurde mit dem Ende des Kolonialismus das Assoziationsmodell entwickelt. Die Vereinigten Staaten verfolgten ein striktes Prinzip des Bilateralismus, bei dem Entwicklungshilfe, die in der Regel zu hohen Anteilen Militärhilfe war mit

---

<sup>101</sup> Dumas, Andre: Der Krieg in Algerien. Evangelischer Verlag AG, Zollikon 1958, S. 5 und S. 79 ff.

<sup>102</sup> Janossy, Franz: Das Ende der Wirtschaftswunder, Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main 1966

<sup>103</sup> Meyer, Gert: Kolonialismus und Befreiungsbewegung in den „Überseeprovinzen“ Portugals. In: Das Argument, Berlin 7/8-1970, S. 489 - 517. Zwischen 1960 und 1976 verdoppelte sich der Militäretat Portugals, der am Ende 45 bis 50 Prozent des Staatshaushaltes beanspruchte. Ebda., 506 ff.

<sup>104</sup> Zur weiteren Entwicklung u.a.: Schmidt, Barbara Eva: Integration von Regionalentwicklung, Gesundheitsversorgung und Sozialsicherung, als Stabilisierungsfaktor für ehemalige Bürgerkriegsländer in Afrika am Beispiel Angola. Praktikumsbericht für die Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein 1997

dem Abschluss von Bündnisverträgen gekoppelt war. Neben den schon beschriebenen peripherieökonomischen Vorteilen wurde durch die Mitfinanzierung der Armeen der Bündnisländer auch der Verteidigungshaushalt der Vereinigten Staaten erheblich weniger als bei einer Stationierung amerikanischer Truppen belastet.<sup>105</sup>

Einem anderen Konzept folgte die 1958 auch als Konsequenz aus dem Ende der Kolonialökonomie mit den Verträgen von Rom gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Politisch-ökonomisch stellt diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beinahe idealtypisch die staatengemeinschaftliche Regulierungsform für die Binnen –und Weltmarktkonkurrenz von benachbarten Industriestaaten und monopolgeprägten Wirtschaften dar. Diese Wirtschaftsgemeinschaft schloss 1963 ein für alle Mitglieder geltendes Assoziationsabkommen mit ihren ehemaligen, damals gemäß der Mitgliederstruktur vorwiegend französischen Kolonialländern in Afrika das im wesentlichen als Zollunion ausgestaltet war und die Assoziationsländer in die Zollgrenzen der EWG einbezog. Der Rohstoffbezug einerseits und vor allem gezielte Direktinvestitionen wurden hierdurch gesichert und erleichtert.<sup>106</sup> Insbesondere aber wurde durch die Importerleichterung für preisgünstige Konsumgüter der Konkurrenzdruck auf die Leichtindustrien und die Leichtindustrielöhne in Europa selbst erhöht und damit der sogenannte „Strukturwandel“ forciert.<sup>107</sup> Die neue Peripherieökonomie wurde hier um eine weitere Komponente, die Strukturwandelbeschleunigung durch Lohnkonkurrenz bereichert.<sup>108</sup>

In der historischen Betrachtung wird die Einigung Europas überhöht und bevorzugt auf die ideologisch-politische Überwindung des Zweiten Weltkrieges fokussiert und an der Züricher Rede Winston Churchills von 1946 und dem von ihm einberufenen Haager Kongress zur Europäischen Integration von 1948 festgemacht,<sup>109</sup> d.h. auf politisch-militärische Willens- und Überzeugungsaspekte reduziert. Angesichts der Tatsache, dass die Ansätze zu einer europäischen Einigung zwischen den beiden Weltkriegen einschließlich der auf Initiative der rheinisch-westfälischen Industrie noch im Frühjahr 1939 geführten Verhandlungen über einen internationalen „Eisenfrieden“ mit einer internationalen Rohstoffexportgemeinschaft<sup>110</sup> eben nicht erfolgreich waren und aus der heutigen Sicht der enormen ökonomischen

---

<sup>105</sup> Boris, Hans-Dieter: Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften. In: Das Argument, Argument-Verlag, Berlin 3/1966, S. 173-202, bes. S. 183 ff.

<sup>106</sup> Scholl-Latour, Peter: Afrikanische Totenklage – Der Ausverkauf des Schwarzen Kontinents. Goldmann-Verlag, München 2003.

<sup>107</sup> Unger, Karl: Imperialismus der EWG? Zur Assoziationspolitik gegenüber Afrika. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 12-1973, S. 1291-1304, bes. S. 1294

<sup>108</sup> Die frühen sechziger Jahre, in denen das Assoziationsabkommen unterzeichnet wurde, waren die Höhepunkte der sogenannten Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg und durch Vollbeschäftigung und Lohnsteigerungen, d.h. Druck auf die Gewinne gekennzeichnet. Der von dieser Strukturwandelkomponente ausgeübte Konkurrenzdruck auf die europäischen Leichtindustrien wirkte sich phasenverschoben auch in den strukturschwachen Gebieten Deutschlands, etwa in den ländlichen Räumen Bayerns aus. Die dortige Ansiedlung von Leichtindustrien geriet in Konkurrenz mit den Importen aus dem EWG-Raum.

<sup>109</sup> Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1960, S. 301 ff.

<sup>110</sup> Ebda., S. 18

Ungleichgewichte und Spannungen innerhalb der inzwischen, verglichen mit ihren Anfängen, hochintegrierten EU ist es wohl richtig, von komplexeren Wirkungszusammenhängen auszugehen. Zu diesen zählt auf Seiten Frankreichs und Großbritanniens, aber auch Belgiens, Hollands und Portugals die Selbstbefreiung der ehemaligen Kolonien aus dieser Form der Abhängigkeit. Nach dem Verlust der Möglichkeiten zum Komplementärtausch mit ihren Überseegebieten waren die ehemaligen Kolonialmächte Europas faktisch gezwungen, zunächst den Substitutionstausch mit den benachbarten Weltmarktkonkurrenten zu regulieren.

Ausgangspunkt war der Ruhrstatus von 1949, der dieses wichtigste Rohstoffrevier (Kohle) im westlichen Kontinentaleuropa neben dem Rohstoffrevier in Lothringen (Eisenerz) zu Mindestexportmengen verpflichtete, Mehrexportmengen, d.h. Europa- und Weltmarktkonkurrenz aber nicht untersagte.<sup>111</sup> Es folgte 1951 der Vertrag über die Gründung einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montanunion) und der Beitritt des damaligen Deutschland zum Europarat. Mit den Bonner Verträgen von 1952 (Deutschlandvertrag) und den Pariser Verträgen von 1954 wurde die Bundesrepublik Deutschland aus den drei vormaligen westlichen Besetzungszonen gebildet und als Mitglied der NATO und Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU) in die westliche Verteidigungsgemeinschaft einbezogen. Die 1952 vereinbarte Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) war gescheitert.<sup>112</sup> Regulierung der Konkurrenz zwischen den Ökonomien der Mitgliedsstaaten der 1958 begründeten EWG einerseits und militärisch-politische Abgrenzung gegenüber dem Block der sozialistischen Länder und ihrem Wirtschaftsverbund Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nebst Militärbündnis Warschauer Pakt andererseits sowie gemeinsame auch militärisch-politische Bewältigung der De-Kolonisierungskonflikte und Bewirtschaftung der neu entstehenden Peripherieökonomie war sozusagen das Geschäftsmodell Europa.<sup>113</sup>

Der britisch-französisch-israelische Suezkanalkrieg gegen Ägypten zur Verhinderung der Nationalisierung des Kanals passte nur noch bedingt in die peripherieökonomische Komponente dieses Geschäftsmodells.<sup>114</sup> Die mit dem neuen Entwicklungsländerkonzept verbundene laufenden und steigenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz und steigende Verschuldung der Peripherieländer ist wesentlich wirksamer als die militärische Intervention. Diese ist nur funktional, wenn sie eine Entschuldung, etwa durch Nationalisierung verhindert.

---

<sup>111</sup> Ebd., S. 11 ff., S. 20 ff., S. 46 ff.

<sup>112</sup> Ebd., S. 46 ff. und 61 ff.

<sup>113</sup> Dieses Geschäftsmodell Europa beinhaltete mit der ökonomisch-politischen und militärischen Einbeziehung der drei westlichen Besetzungsräume als Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft, insbesondere durch die schon 1948 vollzogene Währungstrennung im Gegenzug die Gründung der DDR und damit die etwa von den Vereinigten Staaten stets präferierte Teilung Deutschlands. Die heute diskutierte Teilung Europas durch die mit dem enormen innereuropäischen Exportübergewicht Deutschlands verbundenen Ungleichgewichte müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Grewe, Wilhelm G.: A.a.O., S. 46 ff. und S. 109 ff.

<sup>114</sup> Grewe, Wilhelm G.: A.a.O., S. 359

## Exkurs: Griechenland als letzte Kolonie Europas

Die Kolonialökonomie des ungleichen Tauschs und der einseitigen Unterentwicklung zur Stützung der Ökonomien und der Sozialstrukturen der alten Kolonialmächte waren entfallen. Dies war ein zentrales Motiv für die zunehmende Orientierung auf eine wachsende Zusammenarbeit und innere Entwicklung der Länder Europas zunächst in der Montanunion, dann in der EWG und später in der EU. Eine Sonderrolle spielte in diesem Zusammenhang Griechenland: Schon vor dem Zweiten Weltkrieg war es wie ganz Südeuropa konkurrierenden Interessen Frankreichs einerseits, Großbritanniens andererseits ausgesetzt zu denen dann auch noch der Annexionsversuch Italiens hinzukam. Diese Interessen ergaben sich mitnichten aus dem agrarischen oder industriellen Potential Griechenlands, das in diesem deutlich zurückgebliebenen Land kaum existierte sondern aus der geostrategischen Schlüsselstellung zwischen Südosteuropa und Kleinasien sowie am Übergang von Mittelmeer zum Schwarzem Meer. Griechenland verzeichnet in seiner neueren Geschichte aus diesem Grund eine andauernde Fremdbestimmung beginnend mit einem implantierten Königshaus und wiederholte durch ausländisch gestützte Militärdiktaturen, zuletzt nach dem durch die Vereinigten Staaten wohlwollend begleiteten Militärputsch von 1967. In der Literatur wurden die weit zurückgebliebene ökonomische Entwicklung Griechenlands, die monopolistische Unternehmerstruktur, die Dominanz ausländischen Industrie- und Finanzkapitals, der extreme Stadt-Land-Gegensatz und die eklatante Unmodernität der Politik- und Sozialstrukturen hervorgehoben.<sup>115</sup> Nikolinakos bezeichnet Griechenland als „amerikanisches Protektorat“<sup>116</sup>. Als kennzeichnend für die Unterentwicklung Griechenlands wird dessen durch die Kosten des Oligarchiesystem bedingter ständiger Kreditbedarf bezeichnet.<sup>117</sup> Der im Falle Griechenlands diagnostizierte „Mittelmeerkolonialismus“ als eine spezifische Restform dieses Politikformats hatte sich auch schon in der israelisch-britisch-französischen Suezkanalintervention vom Juli 1956 und der vorausgegangenen Kreditverweigerung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Assuan-Staudammprojekt Ägyptens gezeigt.<sup>118</sup> Die hauptsächlich von Frankreich und Großbritannien und dann von der NATO übernommene Libyenintervention von 2011 wird zu dieser Kategorie ebenfalls gezählt werden müssen.

Insgesamt gibt es für die im Zuge der Eurokrise massiv betriebene Destabilisierung der politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen mit einer voraussichtlichen Übernahme des griechischen Wirtschaftspotentials durch Auslandsinvestoren möglicherweise noch einen übergeordneten Grund: Es gibt eine seit den 1970er Jahren anhaltende spekulative Debatte über enorme Erdgas- und Erdöllager in der griechischen Ägäis, um die eine internationale Investorenkonkurrenz im Gange ist.<sup>119</sup>

---

<sup>115</sup> Nikolinakos, Marios: Griechenland auf dem Weg zur Industrialisierung: Wirtschaftliche und soziale Hintergründe des Putsches. In: Nikolinakos, Marios; Nikolaou, Kostas (Hrsg.): Die verhinderte Demokratie: Modell Griechenland, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1969, S.8-27

<sup>116</sup> Ebda., S.27

<sup>117</sup> Ebda., S.19ff

<sup>118</sup> Grewe, Wilhelm E.: Deutsche Aussenpolitik der Nachkriegszeit, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1960, S.359 ff

<sup>119</sup> Politeia.org: Griechenlands Schulden und die globale Ölmafia. 21.9.2011



## 5. Der Atomare Sozialstaat: Kalter Krieg und Wirtschaftswachstum

In der Literatur wird von einer „atomaren Diplomatie“ der Vereinigten Staaten gesprochen, die auf der Erstverfügung der USA über einsatzfähige Kernwaffen beruhte<sup>120</sup> und einerseits den Kalten Krieg auf ein Höchstniveau der genozidalen Bedrohung brachte, andererseits aber auch die sozialpolitisch-sozialpsychologische Systemkonkurrenz verstärkte. Eine großzügige Sozialpolitik hatte explizit die Aufgabe, soziale Auseinandersetzungen, insbesondere ein Anwachsen sozialistischer und in etlichen Ländern kommunistischer Parteimitgliedschaften, Parlamentsmandate oder gar Regierungsämter zu verhindern und im Falle eines militärischen Konflikts für eine hohe Loyalität und Disziplin bei den Streitkräften und in der Bevölkerung zu sorgen. Dieses systembedingt rasche Wachstum des Sozialbudgets und deren Wirkung als eingebauter ökonomischer Stabilisator wird in der rüstungskritischen Literatur der 1950er Jahre und 1960er Jahre entweder nicht erkannt oder nur gestreift.<sup>121</sup> Die Forderung nach mehr Sozialausgaben an Stelle von Rüstungsausgaben, wie sie von allen möglichen „progressiven“ Kräften in dieser Zeit erhoben wurde<sup>122</sup> ist symptomatisch für die dürftige Modellierung der politisch-ökonomisch-militärischen Verhältnisse dieser Zeit.

Umgekehrt bleiben aber auch die sozusagen „externen“ Wachstumseffekte der Etablierung eines Sozialismusversuchs im Vor- und Umfeld der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg und die tatsächliche oder behauptete Unterstützung antikolonialer Satellitenstaaten, vormaliger Protektorate und Kolonialländer für die verbliebenen Kapitalismen meist unerkannt und unerörtert. Sowohl die durchaus erkenntnisleitende Untersuchung über die Wachstumseffekte der Einbeziehung der traditionellen agrarisch-handwerklichen Regionen im Europa der Nachkriegsjahre in die industriell-tertiäre Kapitalverwertung<sup>123</sup> wie die Untersuchung zum „Teilhabekapitalismus“ im Deutschland der beiden Nachkriegsjahrzehnte<sup>124</sup> sparen den von der „atomaren Diplomatie“ bzw. das „atomare Wettrüsten“ auf genozidales Niveau getriebenen Kalten Krieg als Treiber für die stetige Ausweitung der Sozialpolitik und der allgemeinen Daseinsvorsorge als „deficit spending“, d.h. als keynesiansche Moderation der systemtypischen Unterkonsumtion bzw. Überakkumulation, als Krisendämpfung aus<sup>125</sup> bzw. benennen seinen Wegfall nicht als Mitursache für die Wiederkehr des Krisenmechanismus<sup>126</sup>. In der kritischen ökonomischen Literatur wird schon frühzeitig die keynesianische Konzeption der Krisenvermeidung durch Staatskonsum als Ersatz für die systemnotwendige Unterentlohnung als politisch höchst voraussetzungsreich identifiziert. Ob dieser

<sup>120</sup> Conert; Hans-Georg: Kalter Krieg und Teilung Deutschlands. In: Das Argument, Argument-Verlag Berlin 4/5-1968, S. 266 – 294, bes. S. 271 ff.

<sup>121</sup> Vilmar, Fritz: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 3. Auflage 1967

<sup>122</sup> Ebda.

<sup>123</sup> Lutz, Burkhardt: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Campus, Frankfurt am Main und New York 1984. Lutz nennt Systemkonkurrenz und Kalten Krieg nur einmal ganz beiläufig, S. 192

<sup>124</sup> Busch, Ulrich; Land, Rainer: Teilhabekapitalismus: Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 bis 2009. In: Forschungsverbund sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012, S. 112 - 151

<sup>125</sup> Lutz, Burkhardt: A.a.O., S. 196 ff.

<sup>126</sup> Busch, Ulrich; Land Rainer: A.a.O., S. 138 ff. Busch und Land stellen hingegen die Ökologie- und Energieprobleme in den Vordergrund. Dagegen: Jessen, Jens: Finanzkrise – Unterwegs zur Plutokratie. In: Zeit-Online, 3.9.2011.

Staatskonsum durch Rüstungswachstum oder Daseinsvorsorge bzw. durch ein bestimmtes Mischungsverhältnis von beiden erreicht wird, hängt von politisch-gesellschaftlichen Kräftekonstellationen bzw. Machtverhältnissen ab.<sup>127</sup> In den ersten beiden Jahrzehnten der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland kann diese Rolle der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges als Treiber für den Ausbau sozialstaatlicher Daseinsvorsorge bzw. Krisenmoderation gut abgelesen werden. So gab es einen erkennbaren Zusammenhang von Wiederaufrüstung und Wehrpflichtwiedereinführung einerseits und Großer Rentenreform in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre andererseits.<sup>128</sup> Zunächst die Existenz und dann der Wegfall des Kalten Krieges bzw. der Systemkonkurrenz erlaubte dann aber auch, zusammen mit anderen Faktoren, die Verabschiedung des „Teilhabekapitalismus“ und eine Verschärfung des Konkurrenz- und Krisenkapitalismus.

### 5.1. US-Hegemonie und Deregulierung des Globus

Zum Beginn des vier Jahrzehnte dauernden Kalten Krieges in Europa gehörte unzweifelhaft die Trennung der Währung im ehemaligen Deutschen Reich. Zum Ende des Kalten Krieges in Europa und der Welt, auch in Form der Einbeziehung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland gehörte die Einführung einer Gemeinschaftswährung für einen Teil der Staaten Europas. Der Kalte Krieg, in dem auf westlicher Seite vor allem die Vereinigten Staaten, aber auch Frankreich und Großbritannien eine enorme atomare Aufrüstung betrieben und sämtliche Staaten der westlichen Bündnisse (NATO, SEATO etc.) enorme konventionelle Streitkräfte aufbauten und unterhielten, umfasst auch zwei militärischen Großkonflikte, den Koreakrieg und den Vietnamkrieg. Allein die Vereinigten Staaten wendeten für den Kalten Krieg fünf Billionen Dollar für Militärausgaben in den Jahren 1950 bis 1989 auf.<sup>129</sup> Dieser immense ökonomische Aufwand für militärischen „Konsum“ konnte nicht ohne Folgen für die Handels- und Devisenbilanz sowie die Währung der Vereinigten Staaten bleiben. Dementsprechend suspendierte die US-Regierung im August 1971 die Gold-Bindung des Dollar und machte diese selbst sozusagen zu einem Gold-Ersatz. Die Deckung des Dollar bestand nicht mehr in Gold sondern in der weltweiten militärischen Dominanz der USA.<sup>130</sup> Nur so konnten die in den 1970er Jahren negativ gewordene Handelsbilanz und die enorm gewachsene Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten durch Kapitalimporte, d.h. Kredite aus dem Ausland finanziert werden.<sup>131</sup> Da die Mehrzahl der Forderungen gegenüber der Wirtschaft oder dem Staatshaushalt der Vereinigten Staaten auf Dollar lauteten und zugleich diese Währung von der wohlgermerkt von US-Großbanken getragenen FED (Federal Reserve System) gesteuert werden konnte war faktisch eine grenzenlose Verschuldung der Vereinigten Staaten möglich.<sup>132</sup> Die Verbürgung und Absicherung des eigentlich privaten Dollar-Zahlungsmittels erfolgte durch den US-Militärapparat, der die Welt

---

<sup>127</sup> Sweezy, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1970, S. 407 ff., bes. S. 410 ff und Lutz, Burkhardt: A.a.O., S. 184 und S. 191 ff.

<sup>128</sup> Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2. Auflage 2005, S. 63 – 73, bes. S. 68 ff.

<sup>129</sup> Bonner, Bill; Wiggin, Addison: Das Schuldenimperium – Vom Niedergang des amerikanischen Weltreichs und der Entstehung einer globalen Finanzkrise, Riemann Verlag, München 2006, S. 147 ff., bes. S. 149

<sup>130</sup> Ebda., S. 29 ff.

<sup>131</sup> Ebda., S. 30 ff.

<sup>132</sup> Ebda., S. 128 ff.

unterteilt nach vier „Regional“-Kommandos: PAC, EUR, CENT und SOUTH und über hunderte von Militärbasen militärisch-politisch kontrolliert. Parallel dazu arbeitet eine zweite diplomatische, manageriale und zivile Armee von Agenturen, Botschaften, Consultingfirmen, Politikstiftungen, Privatuniversitäten, US-Unternehmen an der ökonomisch-politischen Kontrolle.<sup>133</sup>

Dabei muss beachtet werden, dass neben dieser militärischen Komponente der „New Deal“-Ökonomie der Vereinigten Staaten auch eine spezifische soziale Komponente immer weiter ausgebaut wurde: Parallel zum Vietnamkrieg wurde von der damaligen US-Regierung das Sozialstaatsprogramm „Great Society“ vorangetrieben. Dieses Sozialstaatsprogramm unterscheidet sich typisch vom europäischen, vor allem deutschen Sozialversicherungsstaatskonzept. Nicht die Stärkung der Arbeitnehmer durch Lohnausgleich und Lohnersatz wie im deutschen Modell, sondern die Unterstützung der aus dem Arbeitsmarkt ausgeschiedenen, herausgefallenen und ausgegrenzten, also der „Armen“, ist typisch für den US-Sozialstaat.<sup>134</sup> So wie der Kalte Krieg die Legitimation für das immense US-Militärbudget geboten hat, wurde die für die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft typische Armut als Legitimation für das wachsende US-Sozialbudget genutzt und benötigt.<sup>135</sup> Colin Crouch hebt hervor, dass es diese enormen Militär- und Sozialausgaben waren, die durch ihre Nachfrage- und Wachstumsfunktion seit den Tagen des „New Deal“ den US-typischen „gesellschaftlichen Kompromiss“ zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen, Bevölkerung und Gesellschaftssystem ermöglicht haben.<sup>136</sup>

Die immensen Kosten dieses Imperialismus-Modells der Vereinigten Staaten: Militärische Hegemonie als Dollargarantie und Nachfragemotor und Dollargarantie als Finanzierungsbasis für Sozialbudget und Militärbudget hätten dringend eine breitere Steuerfinanzierung erfordert. Nachdem die Steuererhöhungspläne von Präsident Johnson zur Finanzierung des Vietnam-Krieges Mitte der 1960er Jahre gescheitert waren, entzogen sich die USA unter Präsident Nixon im August 1971 dem Goldstandard und beendeten damit das System von Bretton Woods um mit dem selbst zum Standard erklärten Dollar eine weitere Kreditfinanzierung ihres Imperialismus-Modells möglich zu machen.<sup>137</sup> Unter Präsident Reagan wurde dann darüber hinaus eine Politik der Wachstumsstimulierung durch Steuersenkung versucht.<sup>138</sup> Die dadurch noch wachsende Staatsverschuldung in Verbindung mit dem hohen Militärbudget führte zu einem Zunehmen der Geldentwertung: Diese für das Imperialismus-Modell der Vereinigten Staaten zwingende Inflationsfolge, die auch mit erheblichen Reallohnverlusten verbunden war, bot dann die Legitimation für eine Abwendung vom keynesianischen Interventionismus, d.h. der Wachstumssteigerung durch Militär- und Sozialkonsum. Wirtschaftspolitisches Leitbild wurde nun der „Monetarismus“, bei dem die Aufgabe der Politik auf die

<sup>133</sup> Ebda., S. 128 ff.

<sup>134</sup> Ebda., S. 235 ff.

<sup>135</sup> Ebda., S. 239 ff. und S. 293 – 298. Vor diesem Hintergrund ist die in Deutschland in fast allen politischen Lagern beliebte Armutsdiskussion kritisch zu betrachten. Sie hat längst eine substantielle Diskussion über die Rolle der Lohnarbeit, des Arbeitslohns sowie des Alterslohnes, d.h. der Renten in der deutschen „Marktwirtschaft“ überlagert und damit die Sozialstaatskonzeption „amerikanisiert“.

<sup>136</sup> Crouch, Colin: A.a.O., S. 32 ff.

<sup>137</sup> Bonner, Bill; Wiggin, Addison: A.a.O., S. 294 ff.

<sup>138</sup> Ebda., S. 323 ff.



Preisstabilität- und Geldwerterhaltung beschränkt war: Die enormen Kapitalvermögen, die aus dem Rüstungsboom der Jahrzehnte des Kalten Krieges akkumuliert worden waren wurden damit vor einer marktwirtschaftlichen Anpassung durch Inflation geschützt.<sup>139</sup> Ihre erneute profitable Anlage hatte dann die neue Angebotspolitik durchzusetzen.<sup>140</sup> Der keynesianische Militär- und Armenhilfestaat war als Wachstumskonzept vordergründig an der machtpolitischen Unmöglichkeit einer angemessenen Finanzierung aus Steuern auf Vermögen und Hocheinkommen und einer ersatzweisen Hochverschuldung mit Kreditinflation gescheitert. Mindestens ebenso war er aber daran gescheitert, dass zwar die Volkswirtschaften der übrigen „Freien Welt“ die Dollarkredite für die Vereinigten Staaten aufbrachten – dafür und dabei aber auch die höhere Produktivität entwickelten und zu gefährlichen Konkurrenten für die US-Wirtschaft wurden.<sup>141</sup> Auch in Europa scheiterte das keynesianisch-interventionistische Wachstumsmodell im Laufe der 1970er Jahre nur vordergründig an seinen inflationären Wirkungen – tatsächlich aber an der fehlenden politischen Macht und Kraft, die notwendige Besteuerung der Vermögen und Hocheinkommen durchzusetzen – diese Schwäche der Gewerkschaften war vor allem in Deutschland zugleich eine Folge des Korporatismus als Korrelat zum Keynesianismus.<sup>142</sup>

Wie es typisch ist für kapitalistische Wirtschaften musste nun, nachdem das hegemonial-imperiale Wachstumskonzept an seine Grenzen, Inflation und sinkende Produktivität, gestoßen war ein neuer Ansatzpunkt gefunden werden. Genau diesen hatte, sozusagen außerhalb des Profitproduktion, die keynesianische Wachstumspolitik in Form ausgebauter und neu aufgebauter Dienstleistungen, öffentlicher Unternehmen und öffentlicher Infrastruktur in den Vereinigten Staaten und Europa geschaffen. Das kapitalistische Verwertungsinteresse richtete sein Augenmerk nun auf diesen, ursprünglich zu seiner Moderation geschaffenen Bereich. Unter der Überschrift der Angebotspolitik wurden den vom Monetarismus vor der Inflation bewahrten Kapitalvermögen für zwei Jahrzehnte durch Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors weiträumige neue Anlagemöglichkeiten eröffnet.<sup>143</sup> Mitte der 1970er Jahre wurde diese Politik in den Vereinigten Staaten unter Präsident Reagan und in Europa durch Premierministerin Thatcher eingeleitet.<sup>144</sup> Angebotspolitik war die Formel dafür, ausgehend von der Existenz oligopolistischer Konzerne den vormaligen Keynesianismus durch Deregulierung der Arbeitsmärkte zu ersetzen.<sup>145</sup> Weltweite Handelsliberalisierung und Subventionsabbau gipfelte in der Etablierung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 1995.<sup>146</sup>

---

<sup>139</sup> Crouch, Colin: A.a.O., S. 34 ff. und Schui, Herbert: Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 6/1975, S. 632 - 648

<sup>140</sup> Ebda., S. 34 ff.

<sup>141</sup> Bonner, Bill; Wiggin, Addison: A.a.O., S. 361 ff.

<sup>142</sup> Crouch, Colin: A.a.O., S. 32 ff.

<sup>143</sup> Ebda., S. 37 ff. und S. 42 ff.

<sup>144</sup> Ebda., S. 38 ff. und S. 41 ff.

<sup>145</sup> Ebda., S. 38 ff. und s. 40 ff.

<sup>146</sup> Ebda., S. 42

## 5.2. Europa und Euro: Protegee und Konkurrent des US-Systems

Schon die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg gegen die Achsenmächte beinhaltete und beabsichtigte, zumindest nach einem Teil der Historikermeinungen, die Einbeziehung Europas in die Einflusssphäre der USA zunächst durch Beendigung der Vormachtstellung Großbritanniens im Atlantik.<sup>147</sup> Die Erfordernisse der Besetzung und Verwaltung des besiegten Deutschland und des Wiederaufbaus des zerstörten Europa boten dann vielfältige Möglichkeiten, die auch von Großbritannien repräsentierten „sozialistischen“ Politiklinien, in einigen Ländern wie bspw. Italien auch „kommunistischen“ Politiklinien nicht selten mit offener Erpressung, und militärischer Einmischung zu eliminieren.<sup>148</sup> Mit der von den USA angestrebten Einbeziehung der drei Westzonen in die westlich-amerikanische Gemeinschaft und damit Teilung Deutschlands und der Währungsreform von 1948 und letztendlich mit dem Koreakrieg, der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und dessen NATO-Beitritt war Europa in den militärisch-politischen Hegemonialbereich der Vereinigten Staaten integriert. Definitionsgemäß blieben aber in diesem abgestuften Bündnis mehrheitlich parlamentarisch-demokratische Staaten mit ihren Volkswirtschaften sowie ihrem Souveränitätsstatus wie auch ihrer Konkurrentenrolle gegenüber den USA und auch US-Ökonomie erhalten. Die zunächst versorgungs- und wiederaufbaupolitische Gründung der Montan-Union<sup>149</sup> und die spätere wettbewerbsregulatorische und entkolonialisierungsgetriebene Gründung der EWG, gefolgt von der EWWU, EU und Euro-Zone zeigte, ähnlich wie im Falle Japan im Pazifik und später auch zumindest ansatzweise im Falle der Nahost-Ölstaaten das Entstehen leistungsstarker ökonomischer Konkurrenten im Hegemonialraum der USA.

Die ökonomischen Folgen der enormen Rüstungsausgaben und Armuts-Sozialausgaben der US-Regierung, die stetig steigende Verschuldung zur Vermeidung von Steuererhöhungen und die dadurch bewirkte politische Setzung des Dollar als Goldersatz wurden von den europäischen Staaten, auch dekolonisierungsbedingt, in eine erklärte politisch-ökonomische Binnenorientierung und Zurückhaltung bei militärischen Anstrengungen umgesetzt. Hierbei kamen den europäischen Staaten die bestehende Vielfalt der Sozialsicherungskonzepte, der ausgebauten öffentlichen Sektor und der eingeübte Korporatismus in einigen Ländern als insgesamt „Europäisches Sozialmodell“ erkennbar zu Gute.<sup>150</sup>

Ein prominentes Beispiel dafür, wie die ökonomisch-politische Konkurrenz zwischen den europäischen Ökonomien und Staaten einerseits und der US-Wirtschaft und US-Regierung andererseits ausgetragen wurde ist die sogenannte „Energiekrise“ von 1973: Diese war schon geraume Zeit vor den angeblich ursächlichen Preiserhöhungen für Erdöl durch die Förderstaaten von den US-Erdöl- und Energiekonzernen inszeniert worden. Die „Energiekrise“ sollte als sicherheitspolitisch-energiepolitisches Manöver zu einem Obsiegen der US-Erdölkonzerne im Konkurrenzkampf mit den europäischen Erdölgesellschaften

---

<sup>147</sup>

<sup>148</sup> Auf die Beteiligung der Vereinigten Staaten am griechischen Bürgerkrieg auf Seiten der Konzernaktiven sei verwiesen.

<sup>149</sup> Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1960, S. 11

<sup>150</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Europa + 30 Jahre – Abschlussbericht, Brüssel 1975, S. 1 - 11

führen. Für die USA bestand das Problem darin, dass einerseits aus sicherheitspolitischen Gründen die Lieferabhängigkeit von den politisch instabilen und sich zunehmend autonomisierenden Nahost-Ölstaaten reduziert werden sollte. Andererseits brachte der Verzicht auf das preisgünstige Nahostöl und dessen Ersatz durch hochpreisiges Öl aus den USA selbst die US-Ölfirmen gegenüber den europäischen Ölgesellschaften in Rückstand. Diese bezogen nicht nur bevorzugt das Nahostöl sondern kooperierten auch bevorzugt mit den Nachostländern. Die inszenierte „Energiekrise“ von 1973 diente vor allem dazu, dass die US-Regierung die Erschließungskosten für US-Erdölquellen an Stelle der US-Erdölkonzerne übernahm und die Öffentlichkeit hohe Kraftstoffpreise als Sicherheitspreis akzeptierte.<sup>151</sup> Ökonomisch-politisch stellte sich die damalige Situation so dar, dass *„die Europäer ihr Erdöl aus Nahost am leichtesten dann bezahlen können, wenn über den arabischen Nationalismus ein gesamtarabisches Wirtschaftsgebiet entsteht, das, gestützt auf die Massen der Marginalisierten, der kleinen Bauern und Landarbeiter und der städtischen Arbeiterklassen, einen Prozess der Überwindung von Unterentwicklung in Gang setzt und damit die Nachfrage nach Waren aus Europa, insbesondere Investitionsgütern vergrößert.“*<sup>152</sup> Die Alternative war damals eine Akkumulation von nicht reinvestierbaren Devisenüberschüssen in den Ölförderländern des Nordens und Ostens mit dem Risiko von Spekulationen.<sup>153</sup> Insgesamt bestand einer der Wettbewerbsvorteile der europäischen Volkswirtschaften gegenüber der US-Wirtschaft zwischen 1960 und 1970 in einer deutlich günstigeren Ölversorgung aus Nahost gegenüber der teureren ÖL-Eigenversorgung der USA.<sup>154</sup>

Die europäische, politische und ökonomische Einigung, eingeleitet mit dem Ruhrstatut von 1949 und seinen Lieferverpflichtungen des westdeutschen Kohlebergbaus<sup>155</sup> und fortgesetzt mit der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montan-Union)<sup>156</sup> und dem Europa-Rat von 1949<sup>157</sup> und nochmals fortgesetzt mit EWG und EFTA<sup>158</sup> vollzog sich von Anbeginn an nach zwei unterschiedlichen Leitbildern: Einem eher „föderalistischen“ Konzept, das auf einen bundesstaatlichen Zusammenschluss abstellte und einem eher „funktionalistischen“ Konzept das auf einen lockeren Staatenbund ausgelegt war.<sup>159</sup> Die geplante „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) mit einem wieder bewaffneten Westdeutschland als Mitglied scheiterte 1954. Westdeutschland wurde stattdessen in die NATO aufgenommen.<sup>160</sup> Als weitere Schritte der europäischen Kooperation und Integration folgte 1957 der Gemeinsame Markt, d.h. die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) und die Gemeinsame Kerntechnologie, d.h. „Europäische Atomgemeinschaft“ (EURATOM).<sup>161</sup> Damals war die EWG im Wesentlichen eine

<sup>151</sup> Elsenhans, Hartmut; Junne, Gerd: Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag Köln, S. 1305 - 1317

<sup>152</sup> Ebda., S. 1317

<sup>153</sup> Ebda., S. 1316

<sup>154</sup> Ebda., S. 1308

<sup>155</sup> Grewe, Wilhelm G.: A.a.O., S. 20 ff.

<sup>156</sup> Ebda., S. 11

<sup>157</sup> Ebda., S. 310 ff.

<sup>158</sup> Ebda., S. 345 ff.

<sup>159</sup> Ebda., S. 384

<sup>160</sup> Ebda., S. 11 und S. 349 ff.

<sup>161</sup> Ebda., S. 356. Für die der EWG nicht beigetretenen europäischen Länder wurde 1960 die Europäische Freihandelszone (EFTA) gegründet, die 1993 mit der EWG verschmolzen wurde.

Außenhandelsgemeinschaft und Innerzollgemeinschaft mit Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit für Kapital, Dienstleistungen und Personen.<sup>162</sup>

Ende der 1950er Jahre und Anfang der 1960er Jahre zeigte das wachsende Zahlungsbilanzdefizit, der wachsende Goldabfluss der USA und der wachsende Dollarüberschuss in Europa das Ende der Ära der Abhängigkeit Europas von den USA an<sup>163</sup> - auch wenn dieses noch versicherte, keine „dritte Kraft“ sein zu wollen.<sup>164</sup> Dabei wurde das wirtschaftliche Wachstum dieser Jahrzehnte in Europa vor allem durch die marktwirtschaftlich-industrielle Erschließung und Durchdringung der noch weiten traditionellen agrarisch-gewerblichen Räume in Europa bei gleichzeitigem Ausbau der Sozialsicherungssysteme erreicht. Hierdurch konnte das Lohngesetz moderiert werden und Massenkaukraft generiert werden.<sup>165</sup> Diese europäische Wiederaufbau- und Erschließungskonjunktur verhinderte bzw. ersparte eine zu einseitige Konzentration auf Wachstum durch Rüstung mit seinen inflationären Risiken.<sup>166</sup> Mitte der 1970er Jahre legte die Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine tiefgegliederte Vorausschau auf die mögliche Entwicklung des damaligen EG-Wirtschaftsraumes zu 16 wesentlichen Sachgebieten, u.a. Bevölkerung, Bildung, Gesundheit, Gesellschaft, Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Rohstoffe, Energie, Kommunikation, Verkehr, Industrie, Wirtschaft und Finanzen, Verteidigung und Politik vor.<sup>167</sup> Zur gemeinsamen Raumordnung war bereits Anfang der 1970er Jahre eine Europäische Raumordnungsministerkonferenz einberufen worden, die bis zum Jahre 1980 ein Raumordnungs- und Siedlungskonzept für den EG-Wirtschaftsraum vorbereiten sollte.<sup>168</sup>

### **Exkurs: Auflösung der Arbeiterklasse, Aufstieg des Monetarismus und Bildungsangriff auf die Gesellschaft**

Die Sozialreformen im Entwicklungsland Chile wurden 1973 durch einen von den US-Geheimdiensten unterstützten blutigen Militärputsch beendet. Vom neuen Machthaber General Pinochet wurden der Vertreter des an der Universität Chicago beheimateten Monetarismus mit einem Umbau der chilenischen Wirtschaft und Gesellschaft beauftragt. Professor Milton Friedman, Vordenker des Monetarismus unterstützte diese Wirtschaftspolitik des chilenischen Militärregimes ausdrücklich<sup>169</sup> Dieser Sachverhalt, dass der Monetarismus zur Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie eines brutalen Militärkapitalismus in einem Entwicklungsland wurde verdeckt seine eigentliche Erfolgsgeschichte jedoch mehr als sie zu erklären. Gerade in Europa konnte der Monetarismus den Keynesianismus als Leitphilosophie ablösen, konnte eine Steuersenkungs-, Sozialabbau- und Privatisierungspolitik, ein Verzicht auf Wachstum durch Daseinsvorsorgeausgaben, ein Verzicht auf Vollbeschäftigung und Armutsvermeidung erfolgreich sein, weil keine

<sup>162</sup> Ebda., S. 353

<sup>163</sup> Ebda., S. 354 und Deppe, Frank: Fünfzehn Jahre EWG. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1/1973, S. 4 - 9

<sup>164</sup> Ebda., S. 345

<sup>165</sup> Lutz, Burkhardt: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Campus-Verlag, Frankfurt am Main 1984, S. 186 ff.

<sup>166</sup> Ebda., S. 186 ff. und S. 191 ff.

<sup>167</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): A.a.O., Kapitel II.1, S. 13

<sup>168</sup> Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Europäische Raumordnungspolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 11/12-1978

<sup>169</sup> Crouch, Colin: A.a.O., S. 36



politisch organisierte „Arbeiterklasse“ politisch oder militärisch zerschlagen werden musste.

Schon die keynesianische Wachstumskonzeption durch Militär- und Sozialbudget hatte sich in hohem Maße dem Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz und weniger irgendwelchen „Klassenkämpfen“ verdankt.<sup>170</sup> Die voranschreitende Abrüstung unter der Überschrift „Koexistenz“ und die nachfolgende Auflösung des Blocks der sozialistischen Länder unter den Überschriften „Glasnost“ und „Perestrojka“ entzogen so gesehen auch dem keynesianischen Wachstum die Grundlage. Hier im europäischen Zusammenhang interessiert aber das Phänomen einer regelrechten Auflösung der Arbeiterklasse nicht so sehr als sozioökonomische Formation sondern vielmehr als politischer Potenz und damit der Umstand, dass die politische Grundlage für eine ausreichende Besteuerung der Vermögen und Hocheinkommen, d.h. eine inflationsneutrale Finanzierung des keynesianischen öffentlichen Konsums damit fehlte. Die so ungebremste inflationäre Wirkung der Nachfragepolitik konnte dann ihrerseits als Begründung für den Wechsel zur monetaristisch-neoliberalen Angebotspolitik instrumentalisiert werden.

Untersuchungen über den Boom der drei Nachkriegsjahrzehnte in fast allen europäischen Ländern zeigen die Faktoren auf, die nicht nur den Klassenkonflikt, sondern auch die Arbeiterklasse selbst vor allem in (West-)Deutschland als politische Größen eliminiert haben. Neben Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Lohnsteigerung, Wohlstand und Wohlfahrtsstaat waren dies vor allem auch der Zustrom von vielen Millionen Flüchtlingen, Vertriebenen, Heimkehrern etc., die Auffüllung von Arbeiterarbeitsplätzen mit Gastarbeitern, der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter in die Dienstleistungs- und Angestelltenkultur und die Transformation der Familien in Konsumgemeinschaften.<sup>171</sup> Im Rückblick wird ein „fordistischer Teilhabekapitalismus“ vor allem für Westdeutschland konstatiert der in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten durch Massenproduktion und Massenkonsum unter Lohnarbeitsbedingungen und diese ausgleichender Sozialsicherung und Daseinsvorsorge charakterisiert war.<sup>172</sup> Teilhabekapitalismus war sozusagen die individualisierte Lebensform des keynesianischen Rüstungs- und Sozialstaatswachstums dieser Jahrzehnte, die individuelle Beantwortung der sozialen Frage.<sup>173</sup> Dabei wurde die Überzeugungskraft der Formel von der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) nicht nur aus der Erfahrung einer raschen Ausbreitung und eines weiten Vorherrschens von Lohnarbeit gegenüber der vormals dominierenden bäuerlich-handwerklich-kaufmännischen Selbstständigkeit

<sup>170</sup> Hier muss daran erinnert werden, dass die Bismarcksche Sozialgesetzgebung ein Korrelat zur gleichzeitigen Sozialistenbekämpfung war.

<sup>171</sup> Ambrosius, Gerold; Kaelble, Hartmut: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre. In: Kaelble, Hartmut (Hrsg.): Der Boom 1948 – 1973 – Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992, S. 7 – 32, bes. S. 17 ff. und Megerle, Klaus: Die Radikalisierung blieb aus: Zur Integration gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland während des Nachkriegsbooms. In: Kaelble, Hartmut (Hrsg.): A.a.O., S. 107 - 128

<sup>172</sup> Mayer-Ahuja et al.: Teilhabe im Umbruch – Zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch, Zweiter Bericht, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012, S. 15 – 39, bes. S. 16 ff.

<sup>173</sup> Ebda., S. 20 und Bartelheimer, Peter; Kädler, Jürgen: Produktion und Teilhabe – Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): A.a.O., S. 41 – 85, bes. S. 62



gespeist,<sup>174</sup> sondern auch aus der mit Arbeitszuwanderung, d.h. Gastarbeit verbundenen Sozialsaufstiegsdrift und Einebnung der Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten. Eine Fülle von Untersuchungen über das Arbeiterbewusstsein und Angestelltenbewusstsein dieser Jahrzehnte zeigt diese Entwicklung auf.<sup>175</sup> Diese „Individualisierung“ der sozialen Formationen erfolgte im fordistischen Teilhabekapitalismus über zwei Hauptformen der Daseinsvorsorge bzw. des Staatskonsums des keynesianischen Wachstumskonzeptes: Die Herstellung formalzertifizierten individuellen Arbeitsvermögens im Bildungssystem, auch in der strukturprägenden Variante der dualen deutschen Berufsausbildung einerseits und die Ausstattung der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen mit individuellen sozialrechtlichen, häufig äquivalenzbemessenen Ansprüchen gegenüber den aus Lohnbestandteilen gebildeten Fonds der Sozialsicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter<sup>176</sup> andererseits. Zertifizierte Bildung<sup>177</sup> und soziale Sicherung<sup>178</sup> substituierten die vormalige kollektive politische Selbstvertretung der „Arbeiterklasse“. Zertifizierte Bildung und soziale Rechte sind an Individuen als natürliche Personen gebunden. Diesen erscheint der Monetarismus mit seiner Reduzierung aller Ökonomie auf relative Preise und individuelle Wahlakte<sup>179</sup> alltagsplausibler als der Keynesianismus, der ihnen durch kollektive Daseinsvorsorge freilich erst zertifizierte Bildung und soziale Rechte ermöglicht hat.

In der kritischen politischen und ökonomischen Literatur wird immer wieder das Phänomen diskutiert, dass zwar der öffentliche Konsum in Form von Daseinsvorsorge und Sozialsicherung Wachstum unter der kapitalistischen Dauerbedingung der Unterkonsumtion garantiert, gleichwohl aber gegen den politischen Widerstand der Unternehmerwirtschaft und ihrer politischen Vertretungen durchgesetzt werden muss bzw. dass umgekehrt sozialpolitische Erfolge der Gewerkschaften oder sozialdemokratisch-sozialstaatlicher Parteien als Nebeneffekt das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft sichern.<sup>180</sup> Die Frage stellt sich also, welche sozialen und politischen Faktoren es waren, die bewirkt haben, dass in den Ländern Europas das Sozialstaatsmodell bei aller Erosion, Demontage und

<sup>174</sup> Mayer-Ahuja et al.: A.a.O., S. 17 ff.

<sup>175</sup> Braun, Siegfried; Fuhrmann, Jochen: Angestelltenmentalität, Luchterhand-Verlag, Neuwied am Rhein 1970 und Pollock et al.: Politisches Denken und Gesellschaftsbild der Arbeiter, Verlag Politische Texte, Starnberg 1971 (Nachdruck) u.v.a.

<sup>176</sup> Im Bereich Alterssicherung wurden die Voraussetzungen für diese Individualisierung durch die Verhinderung eines direkten Konnex von Lohnentwicklung und Rentenhöhe, d.h. Beschäftigten und Ruheständlern durch das Konzept der „allgemeinen Bemessungsgrundlage“ erreicht. Fuhrke, Monika: A.a.O. S. 84

<sup>177</sup> Goeschel, Albrecht: „Wissensgesellschaft“: Adaption der Qualifikationen, Mentalitäten und Milieus an den Exportkapitalismus Deutschland. In: Koppetsch, Cornelia (Hrsg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus: Zur Transformation moderner Subjektivität. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, S. 51 - 78

<sup>178</sup> Fuhrke, Monika: Staatliche Sozialpolitik: Eine Untersuchung zur Entwicklung des Systems der Sozialen Sicherheit im Kapitalismus. Hrsg.: Sozialistisches Büro Offenbach 1975, S. 70; Hartwich, Hans-Hermann: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status Quo. Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1970; Müller Wolfgang; Neusüß, Christel: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. In: Sozialistische Politik. Hrsg. Otto-Suhr-Institut, Berlin 6/7-1970, S. 4 - 67

<sup>179</sup> Schui, Herbert: Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 6-1975, S. 632 – 648, bes. S. 634 ff. Mayer-Ahuja u.a. beschrieben diese Individualisierung des „Teilhabemodells“. Mayer-Ahuja et al.: A.a.O., S. 19

<sup>180</sup> Müller, Wolfgang; Neusüß, Christel: A.a.O., S. 4 – 67, bes. S. 43 ff.

Modifikation und vor allem auch in den EU-Peripherieländern demontierter oder minimalisierter als in den EU-Metropolländern gleichwohl nach wie vor existent ist und praktiziert wird im Vergleich etwa zu den Vereinigten Staaten.<sup>181</sup>

Auf Deutschland begrenzt stellt sie die Frage, ob es etwa die Außerparlamentarische Opposition u.a. die Anti-Atomwaffenbewegung und die Hochschulrevolte der 1960er Jahre<sup>182</sup> oder die Kernkraftbewegung und Friedensbewegung der 1970er und 1980er Jahre<sup>183</sup> waren, die an Stelle der seit dem großen Mitbestimmungskonflikt und den Auseinandersetzungen um die expansive Lohnpolitik in den 1950er Jahren nicht mehr existierende politische Arbeiterklasse<sup>184</sup> das Sozialstaatsmodell aufrecht erhielten. Die Antwort kann sicherlich nicht ohne Berücksichtigung des in den 1970er und 1980er Jahren eher verstärkten Kalten Krieges einschließlich Vietnam-Krieg, Notstandsgesetzgebung und Nachrüstung und nicht ohne Berücksichtigung der damals noch bestehenden Systemkonkurrenz beantwortet werden. Vereinfacht dargestellt lag die Funktion der Außerparlamentarischen Protestbewegung in den 1960er und 1970er Jahren darin, analog zur Externalisierung der Klassenkonflikte in den Kalten Krieg und die Systemkonkurrenz durch eine Symbolisierung des Klassenkonflikts in Straßendemonstrationen, Sitzblockaden und vor allem deren Medienverarbeitung „Störungen“ des politisch-administrativen Geschäftsganges zu verursachen und damit Pressure und Legitimation für „Reformen“ zu liefern<sup>185</sup>. Die soziale und ökonomische Basis der Außerparlamentarischen Opposition in den 1960er und 1970er Jahren waren dabei der akademische Mittelbau des hierarchischen Systems der Hochschulen und Universitäten, die Studierenden, die übrigen Bereiche des weiterführenden Bildungssystems und die literarisch-kulturelle und intellektuelle Subkultur.<sup>186</sup> Die schon eingeleiteten und dann ausgeweiteten „Bildungsreformen“ in Deutschland haben durch diesen „symbolischen“ Klassenkampf der Studentenrebellion und der Außerparlamentarischen Opposition dieser Dekade<sup>187</sup> nicht nur dem Einfordern einer Beseitigung der überkommenen gesellschaftlichen Betriebs- und Verkehrsformen entsprochen sondern auch der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeit einer Anpassung der Qualifikationsstruktur der Gesamtarbeitskraft.<sup>188</sup> Damit war aber auch die Begrenztheit der sozialen und ökonomischen Grundlage und der institutionellen und infrastrukturellen Wirkungsmöglichkeiten dieser staatssektoralen Rebellion beschrieben: Ausweitung und Verstetigung des öffentlichen Bildungskonsums als Nachfragestabilisator und

---

<sup>181</sup> Baethge, Martin; Bartelheimer, Peter: Deutschland im Umbruch. In: Soziallogisches Forschungsinstitut (SOFI) et al: (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 11 – 36 und diess.: Sozioökonomische Entwicklung als Gegenstand der Berichterstattung. A.a.O., S. 37 – 62, bes. S. 45

<sup>182</sup> Riechert, Ernst: Die radikale Linke – von 1945 bis zur Gegenwart, Colloquim Verlag, Berlin 1969; Seeliger, Rolf: Die außerparlamentarische Opposition, Verlag Rolf Seeliger, München 1968; Wieczorek, Thomas: Die rebellische Republik, Knauer Taschenbuch Verlag München 2011, S. 19 – 36 und S. 297 - 306

<sup>183</sup> Wieczorek, Thomas.: A.a.O., S. 309 - 328

<sup>184</sup> Riechert, Ernst: A.a.O., S. 7 – 30 und S. 52 - 67

<sup>185</sup> Die in den 1960er Jahren übliche Unterstellung „kommunistischer“ Lenkung außerparlamentarischer Aktionen und Organisationen bildet dieses funktionale Zusammenwirken von Externalisierung und Symbolisierung mit falschen Zuordnungen richtig ab.

<sup>186</sup> Ausführlich Riechert, Ernst: A.a.O., S. 85 – 103 und S. 104 – 12a

<sup>187</sup> Goeschel, Albrecht: „Wissensgesellschaft“: Zur Adaption der Qualifikationen, Mentalitäten und Milieus an den Exportkapitalismus Deutschland, a.a.O.

<sup>188</sup> Ebda., S. 116

Produktionsfaktor. Vereinfacht kann man konstutieren dass der durch heftige soziale Konflikte in den 1960er Jahren und 1970er Jahren geprägte Bildungssektor bis heute ein keynesianisches Dauerelement in einer monetaristisch-neoliberalen Gesamtpolitik darstellt. Dies kann bislang für keine der übrigen Hauptsektoren der Daseinsvorsorge behauptet werden.<sup>189</sup> Die andere Seite dieses Dauerkeynesianismus in einem mittlerweile zum Finanzkapitalismus gewordenen Lohnarbeitssystem ist die Umwandlung eines Hauptbereiches des Teilhabekapitalismus, nämlich der Bildungsversorgung in ein Instrument der Ausgrenzung und Zurichtung individualisierter „Arbeitsvermögen“.<sup>190</sup> Beispielhaft wurde die Instrumentalisierung der Bildungsversorgung für den Umbau der Gesellschaft in der politischen Koppelung von Regelsätzen der Grundsicherung und Bildungsgutscheinen im Jahre 2011 vorgeführt.<sup>191</sup>

## 6. Ende des Staatssozialismus, D-Markdeutschland, Balkankrieg und Maastrichtvertrag

Durch die Implosion der Sowjetunion und des Blockes der sozialistischen Länder auf dem Kontinent, mit Ausnahme Jugoslawiens, hatte die Militär- und Armutshilfeökonomie der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Bündnis- und Handelspartnern und auch gegenüber ihrer Bevölkerung zunächst ihre Legitimation verloren – gleichwohl stieg aber das Pentagon-Budget weiter an.<sup>192</sup> Erst ein Jahrzehnt später konnte mit dem bis heute nicht zweifelsfrei aufgeklärten „Anschlag“ auf zwei Großbauten in New York und auf das Verteidigungsministerium in Arlington für die Notwendigkeit eines „Krieges gegen den Terror“ mit anschließendem jahrelangem und teilweise noch anhaltenden Land- und Luftkämpfen und Besetzungen vor allem in Afghanistan und im Irak eine neue Begründungskulisse errichtet werden. In Europa entwickelte sich indes eine Gleichzeitigkeit unterschiedlich ausgelegter Trends: Die mit dem Ziel eines einheitlichen Währungs- und Wirtschaftsraums verfolgte Erweiterung der Europäischen Union auf die Beziehungen zwischen den west-, nord- und südeuropäischen Industrieländern im Sinne einer Konkurrenzregulierung; die gleichzeitige Notwendigkeit, den Zerfallsprozess des Blockes der mittel- und osteuropäischen sozialistischen Länder und Russlands mitzubeeinflussen und die letztlich unerwartete Zusammenlegung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik. Insbesondere bei der Zerstörung der vormaligen Sozialistischen Förderativen Republik Jugoslawien seit 1992 traten wie häufig schon im Südosten Europas macht- und wirtschaftspolitische Konkurrenzlagen zwischen und innerhalb der EU, den USA und der Rest-UdSSR offen zutage.

<sup>189</sup>Wiewohl das vormalige Gesundheitswesen mittlerweile als Gesundheitswirtschaft mehrere Millionen Beschäftigte, viele Millionen Behandelte und hunderte Milliarden Umsatz ausmacht ist eine vergleichbare Konflikt- und Reformentwicklung bislang ausgeblieben. Die Deregulierung, Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitssektor ist tiefgreifender als im Bildungssektor. Eine Änderung könnte das sich verschärfende Pflegeproblem einleiten.

<sup>190</sup>Kreditfinanzierte Studiengebühren sind die zutreffende Form dieses Arbeitsvermögens. Die Inhaber können nun feststellen, ob und wann sich das von ihren Familien aus Eigenmitteln oder Darlehen finanzierte Arbeitsvermögen nicht nur finanziert, sondern mit Überschuss rentiert.

<sup>191</sup>Goeschel, Albrecht: Bildungsgutscheine statt Grundsicherung: Ein fragwürdiges Ablenkungsmanöver in der Armutsbekämpfung. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, Januar 2011

<sup>192</sup>Bonner, Bill; Wiggin, Addison: A.a.O., S. 147 ff., bes. S. 149

Für das kapitalistische Europa war Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre maßgeblich, dass sein Hauptkonkurrent USA nach wie vor über einen geographisch enormen Binnenmarkt, einen weltweiten intakten Militärapparat und eine allerdings zunehmend fragilere Leitwährung verfügte und Europa seine ökonomische Integration einschließlich einer angestrebten gemeinsamen Währung erst noch voranzutreiben hatte. Durch den Zerfall des Militärbündnisses der Sozialistischen Länder, d.h. des Warschauer Paktes und der Wirtschaftsvereinigung der Sozialistischen Länder, d.h. des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu Beginn der 1990er Jahre war zwar die militärische Konfrontation USA-UdSSR entfallen- damit aber auch die besondere Möglichkeit militärisch-diplomatischer „Zurückhaltung“ und statt dessen ökonomisch-sozialpolitischer Weiterentwicklung Europas. Durch das erneute Erscheinen der Mittelost- und Osteuropäischen Nationalstaaten als Nachfolger von Warschauer Pakt und RGW und das Erscheinen von insgesamt fünfzehn souveränen Unionsrepubliken von Armenien über Russland bis Usbekistan als Nachfolgeregime der UdSSR war für das kapitalistische Europa ein enormer Druck zur wenigstens ansatzweisen Erschließung dieses Großraumes entstanden – er durfte nicht den USA überlassen werden.

Dabei galten vor allem für die immer noch territorial enorme ehemalige Russische Sowjetföderation ungebremste Regionalisierungstendenzen bis hin zu militärischem Separatismus.<sup>193</sup> Diese Regionalisierungstendenzen beziehen sich auf eine Selbstbestimmung über die Ressourcen und das Potential in den Regionen, eine eigenständige Steuererhebung sowie auf die eigenständige Regulierung des Außenhandels durch eigene Zollbestimmungen.<sup>194</sup> Diese Regionalisierungstendenzen wurden in Russland durch den von der Regierung forcierten Übergang zur „Marktwirtschaft“ noch beschleunigt. Finanzielle Hilfe und „Beratung“ aus westlichen Ländern unterstützten diesen Kurs.<sup>195</sup> Der vormals „einheitliche Wirtschaftsraum“ des RGW und insbesondere der UdSSR, der einerseits von der Weltmarktkonkurrenz abgeschottet war, andererseits auf der Grundlage planwirtschaftlicher Arbeitsteilung einen dichten Austausch von Gütern und Leistungen zwischen den Mitgliedsstaaten und Mitgliedsrepubliken aufwies und zugleich einen limitierten Außenhandel mit kapitalistischen Ländern betrieb existierte nicht mehr.<sup>196</sup> Zugleich mit dem dramatischen Rückgang des Warenaustauschs zwischen den vormaligen sozialistischen Ländern und Republiken brach auch deren Außenhandel mit kapitalistischen Ländern zusammen. Hauptursache hierfür war der Übergang zu einer Abrechnung der Lieferungen in frei konvertierbaren Valuta<sup>197</sup> und die Dollarisierung der Gesamtwirtschaft.<sup>198</sup> Zusätzlich schieden weite Teile der ehemaligen UdSSR als Zielgebiete für Kapitalimporte kapitalistischer Unternehmen aus, da die militärischen separatistischen Bestrebungen solche Investitionen zu unsicher machten.<sup>199</sup>

<sup>193</sup> Jarygina, Tatjana; Marcenko, Grigori: Regionale Prozesse in der ehemaligen UdSSR und im neuen Russland. In: Segbers, Klaus (Hrsg.): Russlands Zukunft: Räume und Regionen, Nomos Verlag, Baden-Baden 1994, S. 27-46, bes. S. 29 und S. 33 sowie S. 34 ff.

<sup>194</sup> Ebda., S. 42 ff und Salmin, Aleksej: Zerfällt Russland? Analyse und Wandlungsvorschläge. In: Segbers, Klaus (Hrsg.): A.a.O., S. 47

<sup>195</sup> Jarygina, Tatjana; Marcenko, Grigori: A.a.O., S. 42

<sup>196</sup> Ebda., S. 30 ff.

<sup>197</sup> Ebda.

<sup>198</sup> Schilling, Walter: Tendenzen der politischen Entwicklung Russlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Hrsg.): Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 46-1995, S. 3-11, bes. S. 5

<sup>199</sup> Ebda., S. 33



Letztlich konnten sich nur einige Teilgebiete des ehemaligen RGW und der ehemaligen UdSSR auf der Grundlage ihrer geografischen Lage oder ihres industriellen Potentials eine „Gewinnerrolle“ in diesem regionalen Zerfallsprozess ausrechnen. Allenfalls Russland, Ukraine, Weißrussland und die Baltischen Staaten sowie evtl. Kasachstan hatten Chancen auf dem Weltmarkt. Die Umstellung der ursprünglichen planwirtschaftlichen Wirtschaftsweise auf eine profitorientierte Wirtschaftsweise musste in den arbeitsteilig ausgerichteten Teilräumen und Schwerpunkten der ehemaligen Sowjetunion zu sehr unterschiedlicher Wirkungen und zu einer verschärften Auseinanderentwicklung der Teilräume führen. Diejenigen „Reformer“ in der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere in Russland die nicht nur in Moskau mit Dollars und Wodka den Kapitalismus einführen wollten sondern eine planmäßige Erschließung dieses Raumes anstrebten, verfolgten eine Strategie der „Regionalisierung“. Hierbei sollten situationsgerecht die verschiedenen Instrumente der Herstellung wirtschaftlicher Unabhängigkeit, von Infrastrukturkreditierung bis Förderung von Kapitalimport angewendet werden.<sup>200</sup> Diese Reformer erkannten auch sehr klar, dass die Umstellung der planwirtschaftlichen Wirtschaftsweise auf eine profitorientierte Wirtschaftsweise zu einer gänzlichen Änderung des Konzeptes des „Sozialen“ und damit zu einer Änderung der „Sozialpolitik“ führen müsste. War bei planwirtschaftlicher Wirtschaftsweise vom Konzept her die Reproduktion der Gesellschaft, das „Soziale“ Ziel und Zweck der Produktion, so ist dies bei profitorientierter Wirtschaft gerade **nicht** der Fall: Das „Soziale“ ist lediglich einerseits Ressource, d.h. Arbeitskräfte, Verbraucher etc., andererseits Problempotential d.h. Arbeitslose, Arme, Kranke, Alte etc. Hierfür bedarf es einer anderen und neuen Art der Sozialpolitik.<sup>201</sup>

Den Verfall der vormaligen sozusagen in den Produktionsprozess integrierten Sozialpolitik beschreibt Jawlinski: *„Für ein Land, in dem das System der sozialen Sicherheit der Bevölkerung die Funktion hatte, die soziale Basis für die herrschende Elite abzusichern und deshalb zu bedeutenden Teilen vom Staat in Form subventionierter Lebensmittel, zentral vergebener Wohnungen, kostenloser medizinischer Versorgung usw. realisiert wurde, bedeutet eine Schwächung der Staatsmacht für die Bürger des Landes faktisch den Zerfall des bisherigen Systems der sozialen Sicherheit. Das geht nach folgendem Schema vor sich: Zunächst tut die Zentralmacht so, als nähme sie keine Notiz von der rapiden Entwertung der Geldeinkünfte der Bevölkerung durch die Freigabe der Preise und die nachfolgende hohe Inflation im Verbrauchersektor. Die Preisexplosion wird als etwas Unterwartetes hingestellt, mit der die Bevölkerung selbst fertig werden soll. Damit nicht genug, man versucht, die Stabilisierung der Finanzen vor allem auf Kosten der Bevölkerung, ihrer laufenden Einkünfte und ihrer Ersparnisse zu erreichen. Und wenn Maßnahmen zum Ausgleich der wachsenden Lebenshaltungskosten ergriffen werden, dann mit solcher Verspätung und in einem Umfang, der das rasche Sinken des Lebensstandards der Familien nicht wesentlich beeinflusst. Das Extrem des Angriffs der Regierung auf die*

<sup>200</sup> In Deutschland und Europa sind Strategien der „Regionalisierung“ Konzepte zur Korrektur der Konzentration und Zentralisierung von Staatsbudget, Großkonzernen und Sozialbudget in einem durchorganisierten Kapitalismus. Im Russland der 1990er Jahre dienten Strategien der „Regionalisierung“ diametral entgegengesetzt der bestmöglichen Erschließung der Räume für die Kapitalverwertung. Korowkin, Wladimir: Russische Regionen als Motor der Wirtschaftsentwicklung des Landes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, a.a.O., S. 26 - 33

<sup>201</sup> Jawlinski, Grigori: Reform von unten – Die neue Zukunft Russlands, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1994, S. 45 ff.



Geldeinnahmen der Bevölkerung sind zurückgehaltene Zahlungen von Gehältern, Renten und Beihilfen. Die Regierung nimmt sich heraus, die Zahlungen für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung unter die Grenzen dessen absinken zu lassen, was man bei uns eine „Armut in Würde“ nennt, ja sogar Löhne, Renten und Beihilfen längere Zeit überhaupt nicht auszuzahlen.

Die nächste Etappe ist der Zerfall der bisherigen Formen der vom Staate gewährten sozialen Sicherheit – der unentgeltlichen Systeme der Gesundheitsfürsorge und Bildung. Sie werden nicht abgeschafft, sondern im Rahmen des harten Sparkurses werden ihnen die Mittel gekürzt. Wenn man den Zustand bedenkt, in dem sie sich bisher befanden, bedeutet das ihre Zerstörung. Das Hauptproblem liegt aber darin, dass für den Aufbau neuer institutioneller Formen faktisch nichts getan wird, weil auch dafür Mittel erforderlich sind. Die lokalen Haushalte sind leer, und so sind die Regionen nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen. Da die wirtschaftliche und politische Situation weiter labil bleibt, gibt es auch keine Anreize für Privatinvestitionen. Das Alte wird zerstört, und für den Aufbau von etwas Neuem sind keine Voraussetzungen vorhanden.

Auch von den staatlichen Unternehmen geht Druck auf die Situation der Bevölkerung aus. Der unkontrollierte Rückgang der Produktion führt zur spontanen Entlassung von Beschäftigten. Der staatliche Wirtschaftssektor, der wichtigste Bereich von Arbeit, geht zugrunde; andere Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu verdienen, stehen der Bevölkerung nicht zur Verfügung. So verelendet die Gesellschaft zusehends, wachsen Kriminalität und soziale Spannung. Mit der Verschlechterung der Finanzlage der Unternehmen droht noch ein weiteres Problem: die Zerstörung ihrer sozialen Infrastruktur, die für bedeutende Teile der Regionen Hauptquelle zur Befriedigung des Bedarfs der Einwohner an Wohnungen, Gesundheitsfürsorge, Vorschulerziehung der Kinder u.a. war.

Diese Art und Weise der Zerstörung des alten Systems der sozialen Sicherheit für die Masse der Bevölkerung hat ihre eigene Logik. Der soziale Bereich ist in unserem Lande eine Quelle der Inflation. Deshalb ist es aus der Sicht der Programme zur Stabilisierung der Staatsfinanzen sehr wichtig, den Haushalt von effektiven sozialen Ausgaben zu entlasten. Darin zeigt sich rein reflektorisch die Notwendigkeit des Übergangs zu einem anderen Modell staatlicher Sozialpolitik. Jedoch die Ausprägung dieses Modells, das übrigens eng mit den Formen des Staatsaufbaus sowie der entsprechenden Übergangsformen zusammenhängt, findet nicht statt.<sup>202</sup>

An eben dieser strategischen Schlüsselstelle, der Entwicklung einer neuen Sozialpolitik durch Aufbau von Sozialversicherungssystemen<sup>203</sup> setzte speziell die deutsche Ostblockpolitik an: Finanziert aus Steuermitteln stellten die Sozialversicherungsträger eine Art „Task Force“ zum Aufbau Osteuropas und Russlands auf.<sup>204</sup> Wörtlich heißt es hierzu in einer offiziellen Darstellung zur

<sup>202</sup> Ebda., S. 45 ff.

<sup>203</sup> Leienbach, Volker (Hrsg.): Probleme der Umwandlung der Sozialordnungen der Staaten Mittel- und Osteuropas. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft- und Gestaltung (GVG), Köln 1994

<sup>204</sup> Leienbach, Volker: Transformation der Sozialen Sicherung in Osteuropa und Russland als Voraussetzung für einen erweiterten Gesundheitswirtschaftsraum. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Weltmarkt für Sozialsicherung und Gesundheitsversorgung: Das Deutsche Sozial- und Gesundheitssystem als Exportlager? München 1998, S. 86 – 98 und Gesellschaft für

Schaffung eines nach Osten erweiterten „Gesundheitswirtschaftsraumes“: *„Um so interessanter ist dann die Perspektive, dass es gelingen kann, bei den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa die „Philosophie“ und die Systemstrukturen des bundesdeutschen Systems zu vermitteln und auch bestimmte Systemstrukturen zu vermitteln und auch bestimmte Strukturprinzipien zu transferieren . . . Gelingt dies, so haben wir in einem größeren Europa neue, starke Verbündete, die uns im „Wettbewerb der Systeme“ stärken und unseren politischen und damit auch wirtschaftlichen Einfluss erhöhen können.“*<sup>205</sup> Auf dem Gebiet des Systemexports im Bereich der Sozialsicherung spielte sich wegen der Markterschließungsfunktion für die Gesundheitsbranche ein scharfer Konkurrenzkampf bei der Exportierung durch Beratung zwischen Deutschland einerseits und den Vereinigten Staaten, Australien und anderen EU-Staaten, aber auch Weltbank und IWF andererseits in Mittel- und Osteuropa und Russland ab.<sup>206</sup> Insbesondere auf dem Gebiet der Krankenhauswirtschaft in Russland standen deutsche, amerikanische und auch israelische Anbieter im Wettbewerb.<sup>207</sup> Bei der strategischen Konzipierung einer ausgelagerten und sozusagen nur potentialerhaltenden und schadenbehebenden Sozialsicherung in Russland gab es allerdings auch die aus der deutschen Diskussion bekannte Variante einer substantiellen „Regionalisierung“: Die enge Einbindung der Sozialfinanzen in die Finanzkreisläufe in den Regionen.<sup>208</sup> Vorausgegangen und eine Art „Blaupause“<sup>209</sup> für die Erschließung des ehemaligen RGW – Wirtschaftsraumes durch Sozialsystemexport war die Zusammenlegung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

## 7. Sozialraum Europa: Ökonomisches Wachstum durch soziales und regionales Zurückbleiben

In den 1970er Jahren erfreute sich die Parole *„Europa ist wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg“*<sup>210</sup> großer Beliebtheit. Sie beschrieb den Umstand, dass die europäischen Volkswirtschaften, d.h. ihre Regierungen und Konzerne die Gunst der Konfrontation der Supermächte nutzten um im Welthandel an die Spitze zu kommen und ihren gemeinsamen Markt hierfür als Grundlage auszubauen. Zwei Jahrzehnte später stand mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und nochmals zehn Jahre später mit der Gemeinschaftswährung fest, dass es darum ging im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und Ostasien zu obsiegen.<sup>211</sup>

---

Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V. (Hrsg.): Sozialpolitische Beratung in Osteuropa, Akademie Verlagsgesellschaft Berlin 2003

<sup>205</sup> Ebda., S. 92

<sup>206</sup> Ebda., S. 96. Leienbach nennt folgende Teilbereiche der Gesundheitsbranche, für die eine Exportierung des deutschen Krankenversicherungssystems besondere markterschließend wirkt: Arzneimittelindustrie, Krankenhauswirtschaft, Medizintechnik, Rehabilitation, EDV, Telematik/Telemedizin, Consulting. Ebda. S. 95 ff. So versuchten die USA, Weltbank und IWF im Bereich der Alterssicherung das chilenische Modell auch mit kreditfinanziellem Druck durchzusetzen. Sokoll, Günther: Die sozialpolitische Beratungsarbeit in Mittel- und Osteuropa. In: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V. (Hrsg.): A.a.O., S.7

<sup>207</sup> Studiengruppe für Sozialforschung e.V.: Krankenhausmarkt Russland und diess.: Konferenz zum Krankenhausmarkt in Russland

<sup>208</sup> Goeschel, Albrecht: Sozialfinanzen, Wirtschaftsentwicklung und Regionalpolitik. Vorlesungen an der Staatlichen Universität Rostov, 1991-1993

<sup>209</sup> Leienbach, Volker: A.a.O., S.93

<sup>210</sup> Deppe, Frank: Fünfzehn Jahre EWG. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 1/1973, S. 4

<sup>211</sup> Soziologisches Forschungsinstitut et al.: (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Erster Band, Wiesbaden 2005, S. 32

Ein Dauerthema war bei dieser Entwicklung Europas ein vermeintliches „Europäisches Sozialmodell“ bzw. ein angestrebter „Sozialraum Europa“, die sich durch eine politische und rechtliche Stärkung der Lohnarbeit und durch eine sozialstaatliche Ergänzung der Lohnneinkommen auszeichnen sollten. Dabei war der sozialpolitische Diskurs von Anbeginn an von der Feststellung und Bemängelung beherrscht, dass die „Soziale Dimension“ des europäischen Projektes unbestimmt bleibe und eine Vereinheitlichung und wechselseitige Anerkennung der sozialen Standards unerreichbar und allenfalls eine „Koordinierung“ machbar seien.<sup>212</sup> Europa sollte der „wettbewerbfähigste und dynamische Wirtschaftsraum der Welt“<sup>213</sup> sein und gleichzeitig sein überkommenes „Sozialschutzsystem“ beibehalten.<sup>214</sup> Die jahrzehntelange Diskussion darüber ob und wie die Sozialpolitiken und die Sozialsicherungskonzepte in den EU-Ländern, die derweil immer mehr wurden und neben ex-faschistischen oder ex-autoritären Mitgliedern wie Spanien und Portugal, zeitweilig auch Griechenland, später auch ex-sozialistische Mitglieder umfasste, integriert, harmonisiert oder wenigsten koordiniert werden könnten<sup>215</sup> wird wohl nur richtig gedeutet, wenn die beklagte Uneinheitlichkeit als das gesehen wird, was sie tatsächlich war und ist: Die Voraussetzung dafür, immer neues Wachstum, d.h. vor allem immer neue Extraprofite durch differenzierte Möglichkeiten für Kapitalanlagen, vor allem aber Realinvestitionen in Ökonomien mit gerade besonders günstigen Lohn- und Sozialkosten<sup>216</sup> zu realisieren.

In der Literatur wird dieses „Europäische Sozialmodell“ richtigerweise als „gesellschaftliche Fundsache“ klassifiziert<sup>217</sup> bei der bessere Arbeitsmarktbedingungen, leistungsfähige Sozialschutzsysteme, Sozialer Dialog, vermiedene Ausgrenzung und Armut, verbesserte Bildungschancen und verbesserter Lebensstandard keineswegs unmittelbar durchsetzt wurden, sondern als Neben-Ziele des Wirtschaftswachstums fungierten.<sup>218</sup> Das „Europäische Sozialmodell“ bzw. der „Sozialraum Europa“ ist kein Ziel der Vereinheitlichung, sondern ein Mittel, durch Vielfalt, durch Unterschiede maximales Wachstum zu ermöglichen. Kritiken an der Aufgabe dieses Zieles<sup>219</sup> verfehlen ihren Gegenstand, da das damit umschriebene Mittel sehr gute Erfolge, bspw. für die Exportwirtschaft Deutschlands bewirkt hat und noch bewirkt. Die europatypische normative Unbestimmtheit der Serie von sozialen Aktionsprogrammen, Agenden etc. der EWG, der EU korrespondiert mit der faktischen Bestimmtheit der ungebrochen steigenden Gewinne der deutschen Exportwirtschaft im innereuropäischen Handel. So gesehen ist auch der „kleine Finanzausgleich“ zwischen den EU-Ländern in Form des schon 1957 mit den

<sup>212</sup> Brock, Elmar: Perspektiven europäischer Sozialpolitik. In: Zeitschrift für Sozialreform, Wiesbaden 9/1987, S. 532 - 539

<sup>213</sup> Ebda.

<sup>214</sup> Ebda., S. 11 ff. bes. S. 13 und S. 32

<sup>215</sup> Weber, Axel et al.: Soziale Sicherung in Europa. Die Sozialversicherung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1991, S. 161 - 174

<sup>216</sup> Der Euro als Gemeinschaftswährung bot dabei dann für die deutsche Exportwirtschaft die zusätzliche Chance, dass die Konkurrenzanbieter nicht in die Abwertung, d.h. Verbilligung ihrer Produkten ausweichen konnten, d.h. dem Lohndumping, auch durch EG-Auslandsfertigung der deutschen Unternehmen, nicht mehr ausweichen konnten. Jahrzehnte zuvor hatte der Arbeitskräfteimport „Gastarbeiter“ aus Italien, Griechenland etc. zunächst eine Arbeitskostenverbesserung in Deutschland ermöglicht.

<sup>217</sup> Soziologischen Forschungsinstitut et al.: (Hrsg.): A.a.O., S. 33

<sup>218</sup> Ebda., S. 32 und 45

<sup>219</sup> Crouch, Colin: A.a.O., S. 4

Römischen Verträgen eingerichteten und seitdem mehrmals erweiterten „Europäischen Sozialfonds“<sup>220</sup> eine Subvention des Wirtschaftswachstums durch Ausnutzen von Unterschieden in Lebensbedingungen und Arbeitskosten: *„Dieser Fonds hat die Aufgabe, Belastungen auszugleichen, die im Zuge der Realisierung des Gemeinsamen Marktes für einzelne Regionen oder Bevölkerungsgruppen entstehen“*.<sup>221</sup> Die um die Zeit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes von Ökonomen erhobenen Forderungen nach einem generellen Fiskalföderalismus für die EG, bei dem dieses Wachstum aus Unterentwicklung durch einen generellen Finanzausgleich abgesichert werden sollte<sup>222</sup> konnte sich bis heute nicht durchsetzen.<sup>223</sup>

Wachstum durch Ausnutzen von Zurückbleiben und Unterentwicklung wird in profunden Analysen auch als eine wesentliche Komponente des deutschen und europäischen Nachkriegswachstums und schon des Zwischenkriegswachstums der 1920er Jahre beschrieben: Der Dualismus von industriell-kapitalistisch geprägten Sektoren der Wirtschaft und Regionen der Länder und landwirtschaftlich-handwerklich geprägten Sektoren und Regionen bot enorme Möglichkeiten der Kapitalanlage und Gewinnerzielung.<sup>224</sup> So gesehen bot der stetig sich ausweitende „Europäische Sozialraum“ immer neue Varianten von Extraprofitzielung durch Vorsprung gegenüber Zurückgebliebenheit, durch Nutzung von „Reserveräumen“ und ihren „Reservearmeen“. Diese auch räumlich unterschiedlichen Wirtschafts-, Produktions-, Arbeits- und Lebenslagenbedingungen nicht als Hindernisse sondern als Begünstiger von höchstmöglichen Gewinnen werden im sozialwissenschaftlichen Diskurs als „varieties of capitalism“ (Hall/Soskice) bzw. „Spielarten des Kapitalismus“ bzw. „Varianten des Wohlfahrtsstaates“ (Lehndorff) gehandelt.<sup>225</sup> Die Europäische Gemeinschaft bot zum Zeitpunkt der „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ also eine breite Palette verschiedener Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsvarianten, die dann mit der Herstellung voller Konkurrenzfreiheit ab 1992 auf ihre Tauglichkeit als Wettbewerbsvoraussetzung für die Exportkonzerne und Exportbranchen der jeweiligen Länder „getestet“ wurden. Dieser „Test“ besteht darüber hinaus in einem massiven „Deregulierungsangriff“<sup>226</sup> auf die traditionellen nationalen Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsmodelle. Sie werden durch Deregulierung „harmonisiert“.<sup>227</sup> Spätestens mit der sogenannten „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ 1992 wurde also das europäische Wachstumsmuster nicht mehr sosehr durch die Ausschöpfung der gleichzeitig und nebeneinander bestehenden nationalen und regionalen Unterschiede in den Arbeitskosten einschließlich Arbeits- und Sozialnormen, Realkapital- und Infrastrukturen etc. bestimmt – durch die

<sup>220</sup> Weber, Axel et al.: Soziale Sicherung in Europa: Die Sozialversicherung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1991, S. 164 ff.

<sup>221</sup> Ebda.

<sup>222</sup> Die Regionen im Europäischen Binnenmarkt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Wochenbericht, Berlin 9/1991, S. 75, bes. S. 82

<sup>223</sup> Anstelle einer solchen Transferalimentierung von „Reserveräumen“ für Wachstum vergleichbar der Transferalimentierung von „Reservearmeen“ für Lohnarbeit verfolgt die deutsche EU-Politik exemplifiziert am Beispiel Griechenland eine Vergrößerung der „Reserveräume“ durch eine Zerstörung geeigneter Länder durch Sparprogramme.

<sup>224</sup> Lutz, Burkhard: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Campus-Verlag, Frankfurt am Main 1984, S. 186 ff. und S. 210 ff.

<sup>225</sup> Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Abriss, Umbau, Renovierung: Stunden zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells VSA-Verlag, Hamburg 2009, S. 1 ff. bes. S. 11 und S. 200 ff.

<sup>226</sup> Ebda., S. 12

<sup>227</sup> Ebda., S. 201



weitgehende Freigabe des Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitskräftemarktes<sup>228</sup> wurde der Konkurrenzdruck zwischen den Kapitaleinheiten und auf die Arbeitseinkommen enorm verschärft. Nunmehr stellt sich nicht mehr die Frage nach den unterschiedlichen nationalen und regionalen Voraussetzungen<sup>229</sup> der europaweiten Gewinnerzielung, genannt „ökonomische Integration Europa“ sondern nach den nationalen, vor allem aber regionalen Auswirkungen der politisch gewollten Konkurrenzverschärfung.<sup>230</sup>

Soweit es die im Zuge der „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ obsolet gewordene Fragen nach den wirtschafts- und sozialräumlichen Voraussetzungen der sich durch immer neue Mitgliedsländer räumlich stetig ausdehnenden EU mit mittlerweile 27 Mitgliedern betrifft, wurde schon 1989 eine Revision der vormaligen raumordnungspolitischen und regionalökonomischen Sichtweise der europäischen Raumstruktur gefordert: War es in den Anfangsjahren der EWG noch angemessen von einer großräumigen „Arbeitsteilung“ der durchwegs hochindustriellen Volkswirtschaften der frühen hochindustriellen Mitgliedsstaaten im Sinne eines Austausches gemäß der Komparativvorteile auszugehen<sup>231</sup> hatte sich die Lage zwei Jahrzehnte später sehr viel anders entwickelt: Mit der Süderweiterung wurde der EG-Raum vor allem auch um agrarisch-handwerkliche Regionen erweitert und wies damit ein ausgeprägtes Nord-Südgefälle auf. Der Norden war geprägt durch multinationale global agierende Konzerne, High-Tech-Produktionen und unternehmensnahe Dienstleistungen und intraindustriellen Handel, der Süden war geprägt durch mittelständische Unternehmen, lohnintensive anspruchlose Produktionen und ein höheres Maß an Lohn- und Preisflexibilität.<sup>232</sup> Großräumig konzentrierte sich die Wirtschaftsleistung des Nordens auf eine Verdichtungszone von Südengland über die Beneluxstaaten und den Rhein-Main-Raum bis nach Norditalien. Im Süden wurde dies durch einen Wachstumsgürtel von Barzelona über Turin und Mailand bis Bologna ergänzt.<sup>233</sup> Unterhalb der Nord-Südstrukturen galt in den EG-Ländern und zwischen und in den EG-Regionen eine Zentren-Peripheriekonstellation mit ausgeprägten Zügen von Arbeitsteilung zwischen Zentren und Peripherien bspw. von Metropolregionen und tatsächlich zurückgebliebenen Peripherieräumen.<sup>234</sup> Zudem gab es ökonomische, soziale und ökologische Problemhäufungen in den sogenannten „Altindustriellen Regionen“.<sup>235</sup> Im Zentrum der damaligen Betrachtungen stand die „Wettbewerbsfähigkeit“ (Irmen, Sinz) der Teilräume und Regionen der damaligen EG. Diese wurde einerseits in der Exportkraft der Regionen gesehen, darin also, wie weit die verschiedenen Regionen

<sup>228</sup> Ausnahme: Dienstleistungsrichtlinien

<sup>229</sup> Irmen, Eleonore; Sinz, Manfred: Zur Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft. In: Informationen der Raumentwicklung, Bonn 8/9-1989, S. 589 - 602

<sup>230</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Die Regionen im Europäischen Binnenmarkt, Berlin 9/1991, S. 75 – 85; Peschel, Karin: Die Wirkungen der europäischen Integration auf die Regionalentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 8/9-1989, S. 549 – 565 und Studien im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Raumordnerische Aspekte des EG-Binnenmarktes, Schriftenreihe Forschung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 488, Bonn 1992

<sup>231</sup> Hier sei an das Ruhrstatut der Nachkriegszeit mit seiner explizierten Arbeitsteilung zwischen der Kohlewirtschaft des Ruhrgebiets und der Stahlwirtschaft Lothingens erinnert.

<sup>232</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): A.a.O., S. 79 ff.

<sup>233</sup> Ebda. S, 78

<sup>234</sup> Hierzu zählte schon damals insbesondere Griechenland.

<sup>235</sup> Irmen, Eleonore; Sinz, Manfred: Zur Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 8/9-1989, S. 859 - 602



in der Lage sind, einen hohen Mehrwert zu produzieren und diesen zur Vermeidung von Krisen möglichst zu exportieren.<sup>236</sup> Zur Verbesserung dieser Wettbewerbsvoraussetzungen wurden für den Norden eine weitere Konzentration und Spezialisierung, Verbesserung der Produktivität, Forschungsk Kooperationen und Rationalisierung empfohlen, dem Süden wurde vor allem eine Ausschöpfung seiner Lohnkostenvorteile mit einer Strategie der interindustriellen Arbeitsteilung empfohlen. Durch diese beiden raumwirtschaftlichen Strategien sollte die Konkurrenzfähigkeit gegenüber der USA und Japan verbessert werden.<sup>237</sup>

Die räumlichen Wirkungen der vollzogenen Freigabe der Mobilität von Kapital, Gütern, Leistungen, Arbeit auf die unterschiedlichen „Kapitalismen“ bzw. „Wohlfahrtsstaaten“, speziell die unterschiedlichen Ökonomien in den EG-Ländern und ihren Regionen konnten auch anhand der bisherigen Fehlannahmen abgeschätzt werden. Die ursprüngliche Erwartung, eine immer weitreichendere Mobilität aller relevanten Faktoren wie Kapital, Arbeit, Informationen etc. würde zu einer Angleichung der Regionen auf dem Pfad von Spezialisierung und Konzentration führen hat sich nicht erfüllt. Statt dessen haben die schon hochkonzentrierten Ballungsräume ihre Stellung noch gestärkt. Die Ausweitung des Marktzugangs für alle Unternehmen und Regionen machte die Unterschiede hinsichtlich Kapitalvolumen, Arbeitsvolumen etc. noch deutlicher.<sup>238</sup> Anstelle bloß phänomenologisch-kartografischer Betrachtung der Wirkungen der Vorstufen des Binnenmarktes und des Binnenmarktes selbst zeigen Untersuchungen, dass die bloße Zunahme des EWG-Binnenmarktes, vorwiegend intraindustrieller Handel, keine größeren Innovationen in der Produktionsstruktur der Wirtschaft in den Regionen ausgelöst hat.<sup>239</sup> Gleichwohl kann ein erweiterter Markt modernen Produktionen höhere Skalenerträge ermöglichen.<sup>240</sup> Umgekehrt verhinderte eine Zunahme des EWG-Binnenmarktes nicht den weltmarktbedingten Niedergang traditioneller Industrien und die Erschöpfung der Wachstumspotentiale der alten Industrieregionen. Auch auf die nur für den ländlichen Süden geltende, ansonsten nur sehr schwache Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer hat ein erweiterter EWG-Binnenmarkt keinen Einfluss. Zuletzt bleibt davon auch die bevorzugte Standortwahl junger Industrien und moderner Produktionsmethoden außerhalb alter Zentren unberührt.<sup>241</sup>

Für die räumliche Entwicklung der sich erweiternden EG wurde als entscheidende Größe der absehbare Kapitalzustrom aus dem Norden in den Süden Europas identifiziert. Das im Norden in den vorherigen Wachstumsphasen und auch aus den Handelsbilanzüberschüssen gegenüber dem Süden akkumulierte Kapital könne angesichts der niedrigen Lohn- und Sozialkosten im Süden profitabler als im Norden angelegt werden. Aus der entsprechenden Mehrbeschäftigung und den entsprechenden Mehreinkommen der Arbeitnehmerhaushalte im Süden ergäbe sich nicht nur eine erhöhte Nachfrage, sondern die bei gleichwohl niedrigen Löhnen und Soziallöhnen höheren Gewinne flössen erneut den Konzernzentralen im Norden

---

<sup>236</sup> Ebda., S. 592 ff.

<sup>237</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): A.a.O., S. 79

<sup>238</sup> Peschel, Karin: Die Wirkungen der europäischen Integration auf die Regionalentwicklung. In: Information zur Raumentwicklung, Bonn 8/9-1989, S. 549 – 565, bes. S 552 ff.

<sup>239</sup> Ebda., S. 558 ff.

<sup>240</sup> Ebda., S. 563 ff.

<sup>241</sup> Ebda., S. 525 ff., S. 558 ff. und S. 561

zu.<sup>242</sup> Demnach werde es für die räumliche Entwicklung des EG-Raumes in der Phase der Binnenmarktvollendung entscheiden sein, dass einerseits die Löhne in den wirtschaftsstarken, gerade auch in den altindustriellen Regionen des Nordens hoch bleiben, damit die Regionen im Süden ihren Standortvorteil niedriger Lohnkosten realisieren können. Umgekehrt dürften im Süden die Sozialkosten aus dem gleichen Grund nicht zu hoch werden.<sup>243</sup> Die Binnenmarktvollendung, soweit verbesserter Marktzugang und Handelszunahme für bestimmte Industrien und Produktionen überhaupt entscheidend seien werde unterschiedlich wirken auf Standorte alter (Massengüter-)Produktionen bzw. Standorte neuer (Hochwertgüter-)Produktionen. Dabei werde ein Teil der altindustriellen Produktionen in den Süden mit seinen günstigen Lohnkosten und Sozialkosten verlegt werden.<sup>244</sup> Die Diskussion über die räumlichen Voraussetzungen und über die räumlichen Auswirkungen des Binnenmarktes, d.h. der verschärften Binnenkonkurrenz schärfte den Blick für die unterschiedlichen „Reserveräume“ und die darin befindlichen unterschiedlich nützlichen, einmal besonders leistungsfähigen, einmal besonders kostengünstigen „Reservearmeen“. Aufgabe des in der Phase der Vollendung des Binnenmarktes reformierten „Europäischen Strukturfonds“ sei die weitere Erschließung dieser „Reserveräume“, z.B. der sogenannten Ländlichen Regionen mit Entwicklungsrückstand, industrieller Regionen mit rückläufiger Entwicklung etc.<sup>245</sup>

## 8. EU-Peripherie und US-Hegemonie im Konflikt um Rohstoffe und Währungen

### 8.1. Neue Weltordnung durch Terrorsimulation und Währungsmanipulation: Rahmenbedingungen der Euro-Krise

Nach der erneuten Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten wurde in der Wirtschaftspresse dessen Hauptanliegen für die neue Amtszeit erörtert: Unter der Überschrift des Kampfes gegen die Erderwärmung soll die Abhängigkeit der US-Wirtschaft und – gesellschaft von Ölimporten beendet werden. *„Wirtschaftspolitisch und geopolitisch ist die Energiewende in den USA das wichtigste Ereignis seit der globalen Finanzkrise von 2008. Der Experte Philipp Verleger vom Peterson Institute in Washington glaubt, dass das Land binnen zehn Jahren zum Nettoexporteur von Energie werden könne. Damit würde sich Amerika nicht nur aus der Abhängigkeit des Nahen Ostens befreien. Es wäre auch nicht mehr auf die Kredite der Chinesen angewiesen, mit denen es bisher seinen Energiehunger bezahlt.“*<sup>246</sup> In der Wirtschaftspresse wird aber auch richtig erkannt, dass die Erdölabhängigkeit der Vereinigten Staaten und ihr auch daraus resultierender Weltherrschaftsanspruch nur den Öl-Imperialismus der USA ausmacht : Die zweite Quelle für den Weltherrschaftsanspruch der Vereinigten Staaten ist der Übergang der Wirtschaft in den USA aus dem Industriekapitalismus zum Finanzkapitalismus und die damit verbundene Aufhäufung einer virtuellen Wertschöpfung bei Banken und einer superreichen Oberschicht. Die breite Konsumnachfrage hingegen wird durch Kredite finanziert. Dies treibt die USA weiter zu einem Dollar-Imperialismus, d.h. dazu weiter

<sup>242</sup> Ebda., S. 561

<sup>243</sup> Ebda., S. 561 ff,

<sup>244</sup> Ebda., S. 563

<sup>245</sup> Ginderachter von, Josef: Die Reform des Strukturfonds. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 8/9-1989, S. 567 - 579

<sup>246</sup> Koch, Moritz: Wege aus der Abhängigkeit. In: Süddeutsche Zeitung, 8.11.2012

den Dollar als Reservewährung zu diktieren.<sup>247</sup> Dabei wird die immense Verschuldung der öffentlichen Haushalte der USA zu einem Hochrisiko für die gesamte Weltwirtschaft. Sofern keine politische Einigung auf höhere Steuern und/oder niedrigere Sozialausgaben erfolgt, treten automatisch Steuererhöhungen bzw. Sozialkürzungen in Höhe von 600 Mrd. US-Dollar in Kraft. Diese US-„Schuldenbremse“ könnte eine neue Welt-Rezession auslösen.<sup>248</sup> Unter dieser Oberfläche wird schon seit Jahren ein „*Wirtschaftskrieg*“ in der Form eines „*Währungskrieges*“ zwischen der EU und den USA geführt, bei dem es vorrangig darum geht, wohin sich die internationalen Kapitalströme richten<sup>249</sup> und welche Finanzindustrien davon profitieren<sup>250</sup>. Die öffentliche Diskussion über die bislang fehlende Kontrolle der mehrheitlich im Ausland, insbesondere in den USA lagernden Goldreserven Deutschlands passt in diese Entwicklung.<sup>251</sup> Spätestens mit dem Antritt von George W. Bush als Präsident wurde eine *Neue Weltordnung* mit US-Amerika als einziger Weltmacht ausgerufen. Eine Vielzahl von Autoren und Analysen bescheinigen dieser einzigen Weltmacht die Führung eines *Dritten Weltkrieges* der wie bspw. der Irakkrieg vorrangig der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des US-Dollar als Reservewährung dient.<sup>252</sup> Zur Rechtfertigung der Kriege zur Durchsetzung der *Neuen Weltordnung*, insbesondere der Okkupation Afghanistans und der Aggression gegen den Irak sei der Anschlag auf das World Trade Center in New York von den Vereinigten Staates selbst inszeniert worden<sup>253</sup> und die Vereinten Nationen als Show-Bühne missbraucht worden.<sup>254</sup>

### Exkurs: Griechenland als Exempel

Anders als der Boulevard und Provinzpolitiker und lange Zeit auch die Bundeskanzlerin und der Vizekanzler es propagiert und exekutiert haben ist Griechenland gar nicht in erster Linie ein Exempel, um nunmehr *Sparsamkeit* gegenüber den anderen Exportkunden und Kreditnehmern der Europaperipherie vorzuführen. Griechenland ist vielmehr und vor allem auch ein Exempel für die Interessenkollisionen der EU und insbesondere der Euro-Zone einerseits und des US-Dollarimperialismus andererseits. Griechenland ist seit dem Sieg der USA über Deutschland und Italien im Zweiten Weltkrieg ein bevorzugtes Manipulationsobjekt der US-Politik. Dies begann mit der massiven militärischen Unterstützung der

<sup>247</sup> Hirschel, Dierk: Triumph einer gescheiterten Politik. In: Süddeutsche Zeitung, 6.11.2012; Koch, Moritz: Blaue Stunde. In: Süddeutsche Zeitung, 22.10.2012; Richter, Peter: Verdammtdieser Erde. In: Süddeutsche Zeitung, 27./28.10.2012 und van Treek, Till; Sturm, Simon: Income inequality as a cause of the Great Recession ? Hrsg. International Labour Office, Genf, 16.8.2012

<sup>248</sup> Hoffmann, Catherine: Sünder in Washington. In: Süddeutsche Zeitung, 6.11.2012

<sup>249</sup> Braun, S.; Freiberger, H.: Der Währungskrieg erreicht Berlin. In: Süddeutsche Zeitung, 6./7.11.2010; Steinfeld, Thomas: Es wird alles anders werden. In: Süddeutsche Zeitung, 7.12.2011

<sup>250</sup> Hesse, Martin: Bankenkrieg zwischen den USA und Europa. In: Süddeutsche Zeitung, 15.7.2011; Freiberger, Harald; Rexer, Andrea: Der versteckte Wirtschaftskrieg der USA. In: Süddeutsche Zeitung, 6.12.2012

<sup>251</sup> Hulverscheidt, Claus: Bundesbank soll ihre Goldbarren zählen. In: Süddeutsche Zeitung, 13.10.2012

<sup>252</sup> Reisegger, Gerhoch: Wir werden schamlos irregeführt – Vom 11. September zum Irakkrieg, Tübingen 2003, S.313 ff., bes.S. 319

<sup>253</sup> Ebda., S.76 ff. und Augstein, Franziska: Wenn ich iranischer Politiker wäre. In: Süddeutsche Zeitung, 21.2.2006

<sup>254</sup> Judt, Tony: Die UN-Vollendete. In: Süddeutsche Zeitung, 12.3.2007

royalistischen Seite im griechischen Bürgerkrieg bis 1949<sup>255</sup> und setzte sich in einer massiven Aufrüstung des Landes und einer Duldung und Unterstützung der Militärdiktatur von 1967 bis 1974<sup>256</sup> fort. Griechenland war während des Kalten Krieges ein Frontstaat der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt. Im Zuge der drohenden Rückzahlungsunfähigkeit Griechenlands wird seit 2012 aber noch eine weitere Dimension diskutiert, die auch den Schwenk des deutschen politischen System hin zu einer Garantie für Griechenland plausibler macht: Griechenland besitzt sowohl auf dem Land wie im Meer enorme Erdgas- und Erdölvorkommen. Um diese hat es jahrelange massive Pressionen der USA und einiger EU-Länder auf die 2009 zurückgetretene Regierung Karamanlis gegeben.<sup>257</sup> Eine Zerrüttung der Gesellschaft und des Staates Griechenland und eine faktische Übernahme der Regierung durch die Finanztroika macht vor diesem Hintergrund enormer Rohstoffreserven des Landes durchaus Sinn.

Griechenland spielte aber auch noch in einer weiteren Hinsicht eine zentrale Rolle auf dem Balkan und für den Balkan. Hatte das sozialistische Jugoslawien anfänglich noch die kommunistische Seite im griechischen Bürgerkrieg unterstützt, stellte es diese Unterstützung ein, gewährte der royalistischen Seite Durchmarschrechte und begann eine Militärkooperation mit dem NATO-Mitglied Griechenland. Auf diesem Umweg über Griechenland wurde Jugoslawien schon wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und mitten im Kalten Krieg Empfänger von Krediten und Militärhilfe der Vereinigten Staaten.<sup>258</sup> Im Jugoslawienkrieg nach der Separation Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens und Sloweniens zu Beginn der 1990er Jahre hatten die USA und die NATO dank des Abkommens von Dayton 1995 auf dem Balkan nicht mehr nur Griechenland, sondern nunmehr auch die Nachfolgestaaten Jugoslawiens als Einflusszonen, vereinnahmt.<sup>259</sup> Den im Restjugoslawien 1997 begonnenen Separationskrieg des Kosovo nahm die NATO zum Anlass für einen mehrmonatigen Luftkrieg gegen Serbien und den Kosovo mit dem Ergebnis der Einrichtung einer US-Besatzungszone im Osten des 2008 unabhängig gewordenen Kosovo.<sup>260</sup> Unvergessen sind in diesem Zusammenhang der vom damaligen deutschen Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) als Gründe für eine Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Luftkrieg vorgebrachten Unwahrheiten.<sup>261</sup> Griechenland ist im östlichen Mittelmeer zweifellos der strategische Dreh- und Angelpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und nun mit seinen Energiereserven auch ein ökonomischer Dreh- und Angelpunkt.

---

<sup>255</sup> Fischer, Walter; Rondholz, Eberhard: Revolution und Konterrevolution in Griechenland. In: Das Argument, 2/3 – 1970; S. 131-135.

<sup>256</sup> Ebda: S. 143-152 und Nikolanikos, Marios; Nikolaou, Kostar (Hrsg.): Die verhinderte Demokratie: Modell Griechenland, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1969

<sup>257</sup> Kopp-Exklusiv 13/2012, S.6 und 7, [www.kopp-exklusiv.de](http://www.kopp-exklusiv.de) und ders.: 46/2011, S.5

<sup>258</sup> Costas et al.: Jugoslawien auf dem Dritten Weg – zum Kapitalismus. In: Sozialistische Politik. Hrsg. am Otto-Suhr-Institut, Berlin 9/1970, S.1-58, bs.S.7 und S.50 ff.

<sup>259</sup> NN: Das Ergebnis der Zerschlagung Jugoslawiens – dreimal beaufsichtigter Nationalismus. In: Gegenstandspunkt, München 1/1997, S..59 – 97

<sup>260</sup> Richter, Nikolaus: Folgen der Freiheit. In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.2.2008

<sup>261</sup> Ulfkotte, Udo: Enthüllt: So skrupellos hat Rudolf Scharping die Deutschen betrogen. In: Kopp-exklusiv, 5/2012, S. 4-5, [www.kopp-exklusiv.de](http://www.kopp-exklusiv.de)



## 8.2. Kriegsvorwand Ground Zero und Angriffskrieg in Afghanistan: Europa als Hilfstruppe der USA am Hindukusch

Ebenso unvergessen wie die Unwahrheiten, mit denen der vormalige deutsche Verteidigungsminister Scharping (SPD) den Luftkrieg gegen Serbien gerechtfertigt hat ist die Begründung des späteren deutschen Verteidigungsministers Struck (SPD) für die Beteiligung der Bundeswehr am Luft- und Bodenkrieg in Afghanistan: Am Hindukusch werde die Freiheit Deutschlands „verteidigt“. Nicht nur in den nordafrikanischen Maghreb-Staaten und im größeren Nahen Osten sondern auch in Zentralasien versuchen sich die USA auch militärisch Zugriff auf die Rohstoffe, insbesondere das Erdöl zu sichern. Gleichzeitig verweigern sie sich einer ökologischen Mäßigung durch Nichtratifizierung von Umweltschutzabkommen.<sup>262</sup>

Den strategischen Entwurf für die Rolle Europas als Konkurrent einerseits, Hilfstruppe des US-Imperialismus andererseits als „Neue Weltordnung“ nach dem Zerfall des Sozialistischen Blockes stammt von Zbigniew Brzezinski, vormaliger Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter. In seinem Bestseller *„Amerika, die einzige Weltmacht“* schreibt Brzezinski: *„Amerikas zentrales geostrategisches Ziel in Europa lässt sich also ganz einfach zusammenfassen: durch eine glaubwürdige transatlantische Partnerschaft muss der Brückenkopf der USA auf dem europäischen Kontinent so gefestigt werden, dass ein wachsendes Europa ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie nach Eurasien hinein ausbreiten lässt.“*<sup>263</sup> Insofern sind die USA an einer EU auch als politischer Union interessiert. Umgekehrt war nach Reiseggers Analyse der Krieg gegen Jugoslawien auch ein Stellvertreterkrieg, nötig um eine eigenständige eurasische Achse zu sabotieren.<sup>264</sup> Brzezinski macht in seinem Strategiewerk, auch mit Kartografien klar, worin die entscheidende Rolle Afghanistans liegt: Es ist Durchgangsland für eine Ölpipeline aus Turkmenistan nach Pakistan und an das Arabische Meer.<sup>265</sup> Mit der Teilnahme Europas am Angriff auf Afghanistan ist Europa zum „Lakaien“ der USA (Reisegger) geworden.<sup>266</sup> Diese Lakaienrolle Europas ist aber selbstaufgelegt. Seine Eliten wagen es nicht, unabhängig gegenüber dem US-Imperialismus zu agieren.<sup>267</sup>

## 8.3. Dollar-Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten

Immer wieder war in den letzten Monaten des Jahres 2012 im Zusammenhang mit der Währungspolitik der USA und neuerdings vor allem auch im Zusammenhang mit der Regulierung der Finanzindustrie<sup>268</sup> von einem *Wirtschaftskrieg* der USA gegen andere Staaten und deren Banken die Rede. Der dahinter stehende Druck einer immensen Staatsverschuldung von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei gleichzeitiger Blockade der Republikaner gegen eine angemessene Besteuerung

<sup>262</sup> Reisegger, Gerhoch: A.a.O., S.9 ff.

<sup>263</sup> Zitiert nach: Reisegger, Gerhoch: A.a.O., S. 102

<sup>264</sup> Reisegger, Gerhoch: A.a.O., S. 103, Fußnote 85

<sup>265</sup> Reisegger, Gerhoch: A.a.O., S. 114

<sup>266</sup> Ebda., S. 136 und Bittner, Joche: Schöne neue Nato. In: Die Zeit, Hamburg, 23.11.2006

<sup>267</sup> Koch, Claus: Europa und das Ende des amerikanischen Imperiums. In: Süddeutsche Zeitung, 12.9.2000

<sup>268</sup> Rexer, Andrea: Die Banken der anderen. In: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2012 und Freiberger, Harald; Rexer, Andrea: Der versteckte Wirtschaftskrieg der USA. In: Süddeutsche Zeitung, 6.12.2012



und Opposition der Demokraten gegen weitere Sozialkürzungen<sup>269</sup> macht diesen *Wirtschaftskrieg* systembedingt. Allerdings ist dieser *Wirtschaftskrieg* unter der Administration Obama in die Historie und in die Serie zahlreicher Militäarkriege der Vereinigten Staaten und Bürgerkriege mit Beteiligung der Vereinigten Staaten eingebettet.<sup>270</sup>

Dabei geht es im Rahmen der *Neuen Weltordnung*, die durch den Zusammenbruch des Sozialistischen Blockes möglich geworden ist, um zwei entscheidende Großräume: Afrika und den größeren Nahen Osten. Das nachkoloniale Afrika verfügt über immense Rohstoffressourcen, die schon in den Dekolonisierungskriegen und Stellvertreterkriegen bspw. in Angola und die jetzt im Krieg im Kongo eine zentrale Rolle spielten und spielen und bei denen China und Russland die Gegenüber der Vereinigten Staaten sind.<sup>271</sup> Aber auch ein größerer Naher Osten, der die nordafrikanischen Maghreb-Staaten, das Horn von Afrika, die Arabische Halbinsel, die Türkei und den Iran mit umfasst sollte schon nach den Plänen der Bush-Regierung aus dem Jahre 2004 neu geordnet werden.<sup>272</sup> Hiermit sollte den Vereinigten Staaten in diesem Raum ein umfassender Einfluss gesichert werden – weit über die Besetzung Afghanistans und des Irak hinaus. Vor allem sollte eine ideologisch-politische Umgestaltung dieses Raumes, eine Orientierung an westlichen Werten und Verfahren erreicht werden. Die „Revolutionen“ in Tunesien über Libyen und Ägypten bis Syrien gehen auf eine langjährige planvolle Vorarbeit auch sogenannter Nicht-Regierungsorganisationen im Auftrag der US-Regierung zurück.<sup>273</sup> Der Gegensatz zu den „Islamisten“ ist dabei vor allem auch ein Teil der Legitimation dieser Beherrschungsstrategien.<sup>274</sup> Die in Deutschland forcierte Integrationspolitik gegenüber dem nichtfundamentalistischen Islam zeigt hier die Interessenkonflikte zwischen der EU und den USA.

Während in Afrika vor allem China und Russland zu Gegenspielern des US-Imperialismus geworden sind, ist es im Mittelmeerraum, d.h. im nordafrikanischen Maghreb und im größeren Nahen Osten der Eurozone und die EU. Dies zeigt der Angriff auf den Irak. Ende des Jahres 2000 hatte sich der Irak entschieden, Erdöl nicht mehr für US-Dollar, sondern für EURO zu verkaufen. Damit wäre die ungestörte und preisgünstige Erdölversorgung der USA erheblich beeinträchtigt worden. Insbesondere bestand die Gefahr, dass weitere OPEC-Länder ihre Erdöllieferungen in EURO abrechnen könnten. Ein Beobachter schreibt im Jahre 2003: *„Da der Irak über die zweitgrößten Ölreserven verfügt, wollen die USA aus strategischen Gründen sich in den Besitz dieser Ölvorkommen setzen, damit das OPEC-Kartell mit einer massiv hochgefahrenen Ölförderung im Irak gebrochen werden kann. Jede andere Lösung würde die US-Wirtschaft massiv gefährden, da sie allein auf der Vorherrschaft des Dollar als Reservewährung beruht, mit der die USA faktisch ihren ungeheueren Ölhunger stillten: Das Privileg der USA seit 1945 besteht ja darin, dass*

<sup>269</sup> Piper, Nikolaus: Auf der Klippe. In: Süddeutsche Zeitung, 8.11.2012

<sup>270</sup> Um hier nur eine Auswahl an Kriegen und Bürgerkriegen zu nennen: Afghanistan; Angola; Chile; El Salvador; Golfregion; Griechenland; Indonesien; Irak; Jugoslawien; Kambodscha; Korea; Laos; Mozambique; Nikaragua; Vietnam.

<sup>271</sup> Wisnewski, Gerhard: Verheimlicht-vertuscht-vergessen: Was 2011 nicht in der Zeitung stand. Knauer-Taschenbuch-Verlag, München 2012, S. 108 ff.

<sup>272</sup> Ebda., S. 110

<sup>273</sup> Ebda., S. 16 ff. und S. 110 ff.

<sup>274</sup> Avenarius, Thomas: Staatsstreich der Islamisten. In: Süddeutsche Zeitung, 1./2. 12. 2012

sie „Dollar produzieren“ und der Rest der Welt Güter, die gegen diese „Petro-Dollar“ getauscht werden.“<sup>275</sup>

Dass Nordafrika, und Afrika insgesamt, sowieso der größere Nahe Osten, aus der Sicht der EU also das südliche Mittelmeer, nicht nur wegen immenser Rohstoffvorkommen, insbesondere wegen der Erdölvorräte von zentraler Bedeutung ist, sondern immer auch eine wichtige Rolle im Währungskonflikt zwischen Dollar und Euro spielt, zeigt der Luftkrieg der NATO gegen Libyen. Hier ist zunächst anzumerken, dass Libyen nach dem Sieg der Alliierten über Deutschland und Italien im Afrikafeldzug Militärbasen der Alliierten aufzunehmen hatte. Das zunächst monarchische Land, in dem 1959 große Erdöllager entdeckt wurden, wurde vom Westen gegen den panarabischen Nationalismus durch Inszenierung einer „Revolution“ nach der Regie Großbritanniens und unter der Führung des Obersten Muamar al-Gaddafi immunisiert. Wie schon im Falle von Saddam Hussein oder später der Talibanbewegung verselbständigte sich auch Muamar al-Gaddafi gegenüber seinen anglo-amerikanischen Hintermännern. Er plante und errichtete in Nordafrika weiträumige Verkehrs- und Bewässerungsanlagen und arbeitete systematisch an einem Bündnis der nördlichen afrikanischen und arabischen Nationen. Zu einer realen Bedrohung für die US-Interessen wurde das Gaddafi-Regime allerdings, als es nach 1986 und verstärkt im Jahre 2000 an der Einführung einer neuen afrikanischen Währung, des Gold-Dinar als Ersatz für den US-Dollar, sozusagen einem „Gold-Euro“ für Afrika arbeitete. Ein Beobachter schreibt: „In den Monaten vor der Militärintervention 2011 forderte Gaddafi die afrikanischen und moslemischen Nationen auf, sich zusammenzuschließen und diese neue Währung einzuführen, die ein Gegengewicht zum Dollar und zum Euro bilden sollte.“<sup>276</sup> Als Vorwand zum Angriff auf Libyen dienten, wie so oft, Militäreinsätze des Regimes gegen Teile der eigenen Bevölkerung.

Genau diese Melodie ist auch im Falle Syriens zu vernehmen und hört sich wie eine der üblichen Kriegsvorbereitungen an: Hochgespielte Scharmützel an der syrisch-türkischen Grenze werden zu einem NATO-Beistandsfall und als Vorwand für die Verlegung von Luftabwehrraketen ins Grenzgebiet benutzt.<sup>277</sup> An die Kriegsvorbereitungen gegen den Irak erinnern auch die „Warnungen“ an die syrische Regierung vor einem Einsatz von Chemiewaffen im Bürgerkrieg. Der US-Präsident drohte dem syrischen Präsidenten persönliche Konsequenzen für diesen Fall an.<sup>278</sup> In NATO-Kreisen wird über die Errichtung einer Flugverbotszone und einen Angriff auf Syrien, einen „rein defensiven Einsatz“ (Außenminister Westerwelle) nachgedacht. Insbesondere die USA und ihr ewiger Lakai Großbritannien treiben solche Überlegungen voran.<sup>279</sup> (29) Die Türkei, die eine besonders aggressive Position in der Syrienfrage innerhalb der NATO einnimmt, hatte bereits im Jahre 2011 die NATO über eigene Kriegsvorbereitungen gegen Syrien unterrichtet. Hintergrunddienste vermuten, dass die türkische Regierung mit einem derartigen,

<sup>275</sup> Reisegger, Gerhoch: Wir werden schamlos irreführt – Vom 11. September zum Irakkrieg, Tübingen 2003, S. 293 ff. und NN: Die Macht der USA und ihr Gebrauch. In: Gegenstandspunkt, München 3/1997, S.81-98

<sup>276</sup> Wisnewski, Gerhard: A.a.O., S. 106 ff.

<sup>277</sup> Lindhoff, Henning: Geheime Interessen: Die Wahrheit über den Stellvertreterkrieg in Syrien. In: Kopp-Exklusiv, 42/2012, S. 4 – 5

<sup>278</sup> Winter, Martin: Nato warnt Assad vor Chemiewaffen-Einsatz. In: Süddeutsche Zeitung, 5.12.2012

<sup>279</sup> Winter, Martin: Provokante Fragen vor dem Hauptgang. In: Süddeutsche Zeitung, 6.12.2012 und Süddeutsche Zeitung, 7.12.2012

dem USA-Interesse förderlichen Regionalkrieg von der sich rapide verschlechternden Wirtschaftslage und den wachsenden sozialen Spannungen in der Türkei ablenken wolle.<sup>280</sup> Der eigentliche Grund für den „Stellvertreterkrieg“ in Syrien, in dem auf der einen Seite die USA, die EU, die Türkei und die Golfstaaten, auf der anderen Seite China, Russland, Iran, Syrien und die libanesische Hisbolla stehen, sei das Bestreben der USA, vor allem im Iran die islamische Ordnung zu stürzen und das Atomprogramm zu stoppen, da die USA gleichzeitig die Kontrolle über die Golfstaaten verlören.<sup>281</sup>

#### **8.4. Türkeibeitritt und „Islamisierung“: Instrumente der USA gegen Europa ?**

Die Aufnahme der Türkei in die EU ist ein ureigenes Anliegen der USA, um diese durch Destabilisierung kontrollieren zu können. US-orientierte Politiker in der EU wie Javier Solana, der 1995 bis 1999 auch NATO-Generalsekretär war, drängen zusammen mit der US-Regierung auf einen raschen EU-Beitritt der Türkei. Hierfür werden wirtschaftliche Gründe wie die türkischen Arbeitskräfte reserven und die Türkei als Absatzmarkt, vor allem aber auch strategische Gründe, insbesondere die Sicherung der Energieversorgung in und aus Zentralasien und dem Nahen Osten vorgebracht.<sup>282</sup> Entscheidend ist, dass die Türkei seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges der entscheidende Statthalter der USA im größeren Nahen Osten ist und eine spezifische Form des Staatsislamismus entwickelt hat. Über die Migrationsprozesse ergibt sich hieraus eine nachhaltige Konfliktkonstellation insbesondere in den Ballungsräumen der europäischen Kernländer, die sich je nach Erforderlichkeit in verschiedenster Weise nutzen lässt.<sup>283</sup> Vor allem aber würde ein EU-Beitritt der Türkei allein infolge ihrer Rolle als dann bevölkerungsreichstes EU Land noch vor Deutschland die Mehrheitsverhältnisse in der EU und diese selbst nachhaltig verändern.<sup>284</sup>

---

<sup>280</sup> Ulfkotte, Udo: Türkei: Regierung unterrichtet NATO über Kriegsvorbereitungen. In: Kopp-exklusiv, 34/2011, S. 1-2

<sup>281</sup> Lüders, Michael: Erst Umsturz und dann Islamismus. In: Süddeutsche Zeitung, 20.11.2012; Avenarius, Thomas: Krieg ohne Ende. In: Süddeutsche Zeitung, 24.5.2013 und Zekri, Sonja: Geförderte Rivalitäten. In: Süddeutsche Zeitung, 28.5.2013

<sup>282</sup> Ulfkotte, Udo.: Brüssel: Türkei soll der 29. EU-Staat werden. In: Kopp-Exklusiv, 26/2011, S. 1-2

<sup>283</sup> Ders.: No-Go-Area: Immer mehr Gebiete sind für Europäer Tabuzonen. In: Kopp-exklusiv, 36/2011, S. 7-8

<sup>284</sup> Wilkoszewski, Harald; Münch, Ursula: Direkte Demografie: Bevölkerungsentwicklungen beeinflussen die Machtbalance in Europa. In: Demografische Forschung aus erster Hand. Hrsg. Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock 3/2007, S. 1-2